INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 227

11.2.1993

Vorwort

Liebe GenossiInnen vom Vorbereitungstreffen für die rev. 1. Mai Demo. Euer Protokoll hat eine so jämmerliche Druckqualität, daß es leider in den Ordner musste.Nächste Woche in druckfähiger Form bitte nochmal.

Daher kurz zum Inhalt: Das Papier diskutiert die letztjährige 1. Mai-Demo, das pro und contra eines Forderungskataloges, und schlägt Schwerpunktthemen für die diesjährige Demo vor. Vermißt wurden von der Vorbereitungsgruppe auf dem Treffen besonders Frauengruppen und Gruppen aus dem antirassistischen Kampf.

Ort und Zeit des nächsten Treffens ist InteressentInnen im Omega-Infoladen (Sparrplatz, Wedding, Mo.-Fr. 16-20 Uhr) zugänglich.

Lieber Mann aus der Bankrott-Männergruppe. Dein Papier zu den Auseinandersetzungen um das UWZ Münster haben wir wieder "im ominösen Ordner verschwinden lassen". Es handelt sich doch um eine eher auf Münster bezogene Auseinandersetzung. Außerdem finden wir den Ordner doch gar nicht so schlecht.

Wer mehr dazu wissen will wendet sich an den Infoladen Bankrott, c/o FS Politik, Scharnhorststr.103, 44 Münster.

Ebenfalls im Ordner -aber trotzdem wichtig- ist ein Artikel über den rechten Filmregisseur Syberberg aus Konkret 10/90. Angeblich (laut TAZ vom 9.2.) wurde die für diesen Samstag in der Humboldt-Uni geplante Veranstaltung mit Syberberg wegen der blutigen Nase von Benoist abgesagt. Informiert euch lieber nochmal, ob das so stimmt.

Ordner stehen im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84 und im Nachladen.

Inhalt:

Presseerklärung zu Benoist 3
Erklärung zur Aktion gegen das RP Tübingen 5
Antifaschismus und Militanz 10
Erklärung der "Frauen in Schwarz" (Belgrader Feministinnen) 12
Mehr Nica-Kaffee trinken 14
Thesen für die Neukonstituierung der Linken 16
Anti-Knast-Zensur-Kampagne 24
aktuelle Presseerklärung zur Ermordung von Kerstin 25
KOB 27
Razzia in Flüchtlingsheim, Augsburg 29
Institut für Genbiologische Forschung 31
Termine 32
SO-Tage - mehr als eine Ausstellung 35

Ordner:

- Friede ist keine Parteisache
- Wagenburg Münster
- Gerichtsbeschluß zu Flüchtlingswohnheim Hildesheim (Dokumentation)
- Konkret-Artikel zu Syberberg, 10/90
- Nicht zuviel theoretisieren! Aufruf zur Verbalattacke
- Aus Dänemark: Demo gegen Auslieferung
- Praxis des neuen Fremdengesetzes in Österreich
- Bolsevik Partizan: Flugis
- Boykott des Umweltzentrum Münster, 2 Papiere
- 1. Mai-Vorbereitung (s. Vorwort)
- Fax-Hintergrundseite: Werkverträge,
- Polnische ImmigrantInnen, (auf Spanisch)
- Flugblatt zur Veranstaltung "Sieg im Volkskrieg" (s. Termine)
- Zur Veranstaltung mit Alain de Benoist
- Terror in Klötze gegen Antifaschisten
- gesammelte Papiere zum Mord an Kerstin

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

PRESSEERLÄUTERUNG vom 8. 2. 93

(Natürlich ließe sich auch in Länge und Breite der Werdegang von Alain de Benoist nachzeichnen, uns geht es aber vielmehr um die Klärung weitverbreiteter Mißverständnisse zum Thema Meinungspluralismus. Gesagt sei immerhin zum Sachverhalt selbst, daß sowohl die öffentliche wie die nicht-öffentlicher Veranstaltung verhindert werden konnten. Dem Vertreter der Neuen Rechten und französischen Faschisten Alain de Benoist ist in das Gesicht geschlagen, er ist geboxt und getreten worden. Das fanden wir angemessen.)

Zu den Grenzen der Aufklärung

Diskussion mit Alain de Benoist??

"Die Konzeption der Veranstaltung zielt ausdrücklich darauf, Dialogformen zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer und theoretischer Positionen zu befördern. Daran herrscht unserer Auffassung nach in der öffentlichen Meinungsbildung ein großes Defizit und sollte im Interesse von Lösungsmodellen für die Zukunft dringend entwickelt werden."

So die VeranstalterInnen der Podiumsdiskussion "Fremdheit - Kulturmuster der Industriegesellschaft. In den Grenzen der Aufklärung - Welchen Ort hat das Fremde?" zu Begründung ihrer Einladung an Herrn "Alain de Benoist, Philosoph und Journalist aus Frankreich und Vertreter der Neuen Rechten" (vgl. Presseerklärung der KuKgGmbH vom 5. Februar 1993).

Mit Bedauern stellen sich die VeranstalterInnen den Versuchen, den Dialog mit de Benoist nicht stattfinden zu lassen.
Pluralismus und Toleranz wird gegen jene gehalten, die sich mit einem der theoretischen Köpfe der französischen Faschisten nicht auseinandersetzen wollen.

So ehrenwert der Wille zu Pluralismus, Toleranz und Diskussion auch sein mag, die VeranstalterInnen müssen sich fragen lassen:

Diskussion (die bei aller notwendigen Verschiedenheit der Ausgangspunkte auch darauf basiert, daß es Gemeinsamkeiten als Anknüpfungspunkte des gegenseitigen Verständnisses gibt) mit jemandem, der schreibt: "Die amerikanische Subkultur zerstört die Völker und vernichtet die Seele (...), wofür der "judenchristliche Egalitarismus" verantwortlich ist - welcher, wem oder was soll sie nutzen?
Welche oder wer mag sich von Herrn de Benoist anregen lassen, bzw. ihm darin dienlich sein, seinen Rassismus und Elitarismus zu verfeinern?
Es läßt sich diese Frage auch in einer auf den Selbstanspruch der VeranstalterInnen bezogenen Formulierung stellen:
Können sich die VeranstalterInnen von DS Kultur und Kunst und Kultur gGmbH vorstellen, daß es einen rassismus "In den Grenzen der Aufklärung" (wie es im Untertitel der Veranstaltungsreihe heißt) geben kann?
Wenn ja, wird auch klar, warum die VeranstalterInnen ein Defizit von Positionen und Meinungsbildungen vermeinen wahrnehmen zu müssen (im Gegensatz zu allen gängigen Öffentlichkeits- und Medientheorien, die eher ein selbstrelativierendes Zuviel von dieser diagnostizieren). Dann geht es nämlich um die vollständige Auflösung der Grenzen dessen, was Aufklärung genannt wird - und jenseits dieser vielleicht noch bestehenden Grenzen gibt es sicher viel zu diskutieren.

Der Klarheit zuliebe:

Die Diskussion mit jemandem, der daran arbeitet, späterhin nicht mehr diskutieren zu müssen, um stattdessen nach eigenem Ermessen zu sondern und zu herrschen (auch über Tod und Leben), ist schlicht dumm.
Analog zur Begründung des Todesurteils an Adolf Eichmann von Hannah Arendt: Die Verbrechen Eichmanns sind nicht justitiabel, so wie die von Alain de benoist nicht diskutabel;
und so wie es den Überlebenden der Naziverfolgung nicht zugemutet werden kann, die Welt mit ihrem Henker zu teilen, so brauchen wir es uns nicht zuzumuten, den Raum der Diskussion und des Gedankenaustausches mit denen zu teilen, die ihn nur als Etappe zu ihrer Auflösung betrachten.

Fäuste gegen einen rechten Philosophen

■ Autonome griffen Vertreter der Neuen Rechten, Alain de Benoist, an

Berlin. Anhänger autonomer Gruppen haben ihre Drohung wahrgemacht und den Philosophen und Vertreter der Neuen Rechten in Frankreich, Alain de Benoist, nicht zu Wort kommen lassen: Nach Angaben der Polizei wurde der 49jährige am Samstag abend kurz vor Beginn einer Diskussionsrunde in der „Neuen Gesellschaft für Literatur“ (Rosenthaler Straße 38) von 15 bis 20 „Anhängern des linken Spektrums“ regelrecht abgeführt und 300 Meter weiter mit Fäusten zusammengeschlagen. Dabei sei seine Brille zu Bruch gegangen.



1993

PRESSEERLÄUTERUNG, 8. 2. 93

(Auszüge aus dem geplanten Redebeitrag zur Verhinderung der Veranstaltung mit dem französischen Faschisten Alain de Benoist)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit. Die von Ihnen avisierte Veranstaltung kann und wird hier so nicht stattfinden.
Nachdem bereits die Präsidentin der Humboldt-Universität, Frau Marlies Dürkop, diese Veranstaltung in der Humboldt-Universität verboten hat, wird auch hier kein Raum für Diskussion mit Faschisten sein. Wir möchten uns bereits jetzt bei Frau Dürkop bedanken.

Bevor wir zu einer kurzen Begründung für unsere Aktion hier kommen, gestatten Sie uns zunächst noch einige allgemeine Hinweise:

Wir gehen wie die gemeinnützige Kunst & Kultur GmbH davon aus, daß "Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Unterdrückung" seit Jahrhunderten die europäische Geschichte auszeichnen.

Wir glauben darüberhinaus auch, daß es notwendig ist, sich nicht nur intellektuell, sondern auch praktisch mit dieser Tatsache auseinanderzusetzen. Das ist in der Tat eine Aufgabe für diejenigen, die wollen, daß die Ursachen geklärt und und ihre zerstörerische Wirkung auf Gesellschaft und Individuum aufgehoben wird.

Für uns bedeutet das die Auseinandersetzung, nicht mit dem ungenauen Begriff "Industriegesellschaft", sondern mit einem auf Profitmaximierung orientierten kapitalistischen System, das täglich Opfer fordert. Es ist nicht eine ästhetische Frage oder ein kulturelles Problem allein, es ist ebenso eine politische und ökonomische Frage, die geklärt und in ihrer Beantwortung zur Umwälzung der herrschenden Verhältnisse geführt werden muß. Über das "WIE" herrscht viel Unklarheit und in der Tat "ein großes Defizit".

Wir wollen nicht, daß diese Fragen öffentlich mit Kadern von Naziorganisationen, "geistigen Brandstiftern" oder gar international führenden Nazi-TheoretikerInnen wie unter Gleichen diskutiert werden. Die "Neue Rechte" ist nicht dumm; sie hat abgemachtermaßen von der Linken gelernt und Gramsci in ihrem Sinne interpretiert. Das macht es nicht leichter, den rassistischen, biologistischen und faschistischen Charakter herauszuarbeiten; aber nicht weniger notwendig.

Wir wollen nicht, daß ein Verachter der Demokratie, Vertreter der Ungleichheit und Wegbereiter Le Pens seine "Anregungen" darstellt, und wir werden die Überschreitung SOLCHER "Tabugrenzen" auch nicht zulassen.

Alain de Benoist ist einer dieser führenden Nazi-Kader. Er steht für das Konzept der sog. "Neuen Rechten", daß sich einem biologistischen Menschenbild verschrieben hat und ist maßgeblich an der Initiierung und Propagierung rassistischen Gedankenguts international beteiligt. Einige Fakten können Sie bereits dem von uns verteilten Flugblatt entnehmen.

Der dort genannte Denkzirkel GRECE hat in einem internen Papier als Hauptziel seines Kampfes die Zugehörigkeit zu einer "Bluts- und Kulturgemeinschaft" benannt. Hauptfeinde seien, so das Papier weiter, der Egalitarismus, in erster Linie der Marxismus, das Judenchristentum, der Liberalismus, die euro-amerikanische "freie Welt" und die Sozialdemokratie. Die positiven Themen sind Ehre, Elite, Ungleichheit, Hierarchie, Rasse, biologischer Realismus.

Ein weiteres Zitat von de Benoist:
"Die amerikanische Subkultur zerstört die Völker und vernichtet die Seele (... wofür der) judenchristliche Egalitarismus" verantwortlich ist.

Wenn also die Kunst & Kultur GmbH und auch DS Kultur "politische Verhärtungen" aufbrechen wollen und ihre Veranstaltung "ausdrücklich darauf (zielt), Dialogformen unterschiedlicher (...) Positionen zu befördern" - und das "im Interesse von Lösungsmodellen für die Zukunft" -, dann geht das nicht mit solchen Leuten.

Menschenrechte und Demokratie sind keine "Tabugrenzen", die überschritten werden dürfen oder gar müssen, wie der Text der KuK gGmbH nahelegt.

Die Verbindungen de Benoist in die BRD sind vielfältig; zu nennen sind hier die neurechte Zeitung "Junge Freiheit", der Nazi-Anwalt Jürgen RIEGER, seine "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", in deren Wissenschaftlichem Beirat de Benoist sitzt, das 1980 wiedergegründete "Thule-Seminar", das sich als konsequente Fortsetzung seines Vorgängers versteht und maßgeblich an der Zerschlagung der Weimarer Republik und der Machtübergabe an die NSDAP mitbeteiligt war, der ehemalige Strauß-Berater und Auschwitz-Leugner Armin MOHLER und Pierre KREBS, u.a. Mitglied in der Sekte "Artgemeinschaft".

Mit solchen Leuten ist ein "Dialog", der auf "Verständigung" zielt, nicht möglich. Eine Auseinandersetzung kann hier nur getragen sein von Abgrenzung. Der freie Austausch von Meinungen über Rassismus, Vorstellungen aus der Eugenik oder aus dem Sozialdarwinismus, der Soziobiologie macht diese Meinungen "endlich doch" zu Meinungen wie andere auch. Demokratie heißt auch Toleranz, aber nicht grenzenlose Dialogbereitschaft, nicht beliebig austauschbare Meinung.
Antisemitismus etwa galt noch Sartre als nicht diskutierbar. In Rostock war er bereits im Senat wieder aktuell.

Wir glauben nicht, die "Masse" sei doof und einfach manipulierbar, aber - mit dem Argument-Herausgeber Haug:

"Das herrschende Denken herrscht nicht von allein, sondern vermittels des Fleißes ungezählter Ideologien."

Diesem Fleiß wird hier eine entschiedene Absage erteilt!

Auch weil einige dieser Herren hier heute anwesend bzw. in der Nähe sind, fordern wir Sie daher jetzt auf, diese Räumlichkeiten zu verlassen und Herrn de Benoist einen Dialog zu versagen.

KEIN FUßBREIT DEM FASCHISMUS!!

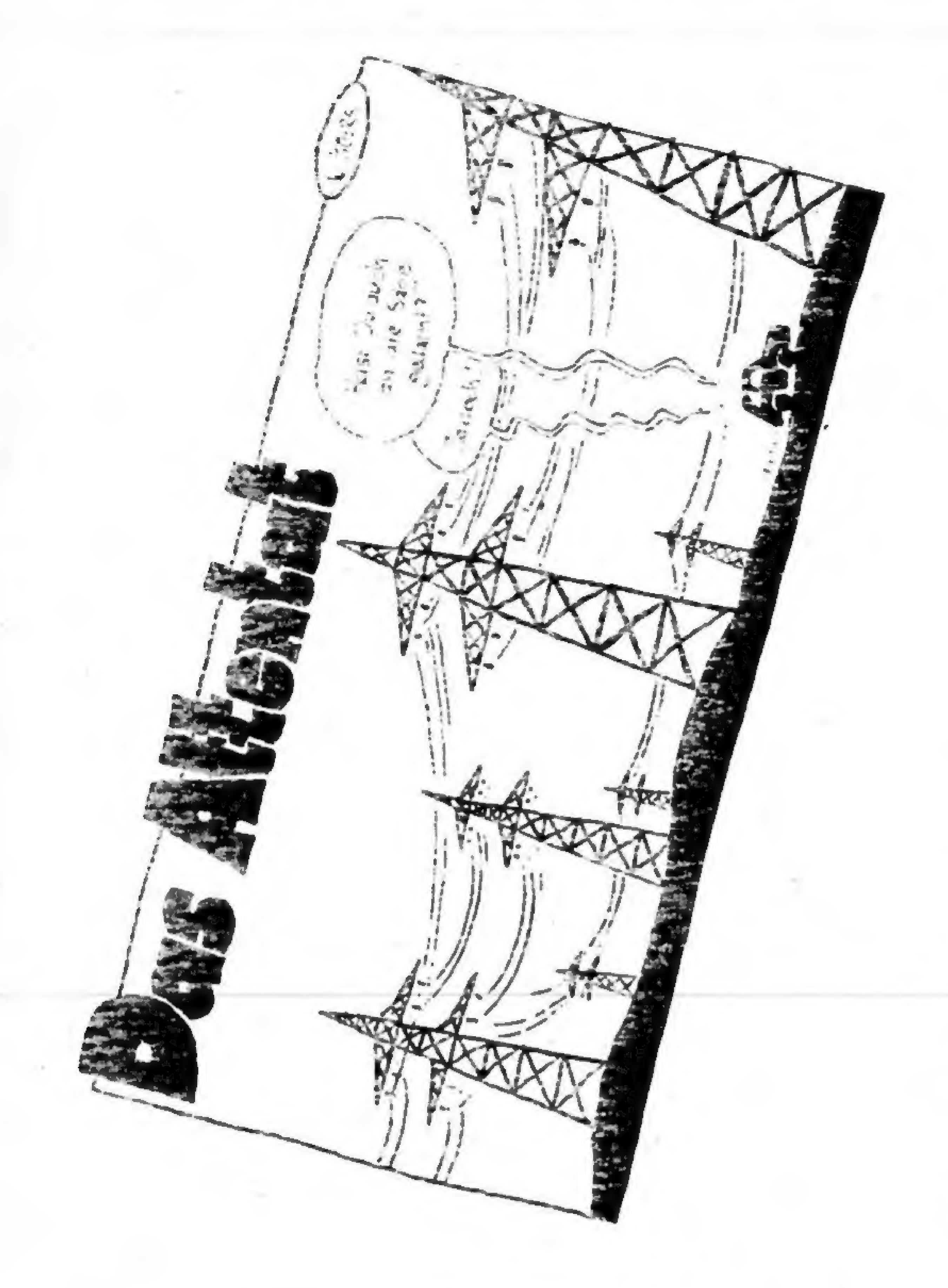
zum Nachschlagen:

ANTIFASCHISTISCHE AKTION/ANTIFA WESTBERLIN o.J. [1988]: Reader zur Veranstaltung über die "Neue Rechte" / "Nationalrevolutionäre", o.O. [West-Berlin]
AK NEUE RECHTE (Hrsg.) o.J. [1990]: Thule Seminar, Spinne im Netz der Neuen Rechten, Kassel
KOWALSKY, Wolfgang 1991: Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen
LOCH, Dietmar 1991: Der schnelle Aufstieg des Front National, Rechtsextremismus im Frankreich der 80er Jahre, München

Antifaschistische Gruppen Berlin, im Februar1993

Erklärung zur Aktion gegen das Regierungspräsidium in Tübingen

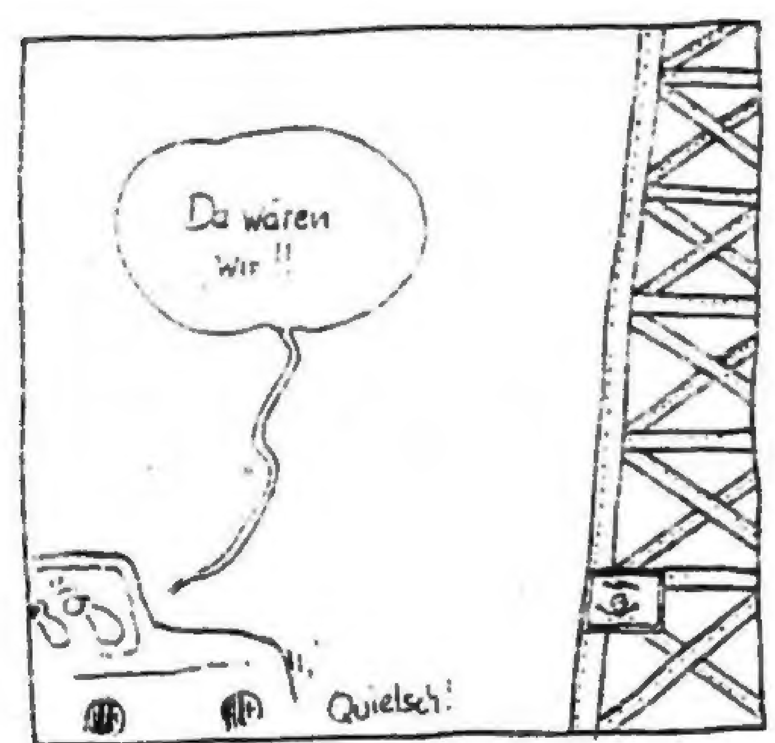
Wir haben heute nacht den Fuhrpark des Regierungspräsidiums Tübingen mit Brandsätzen angegriffen und hoffen, daß der Zündzeitverzögerer funktioniert hat. (HAT ER!)



Das Rp ist verantwortliche Behörde für das Reutlinger Abschiebelager für Flüchtlinge, die sog. "Bezirksstelle für Asyl".
Durch die Einrichtung dieses Lagers wurde eine neue Dimension der rassistischen Abschreckungs-und Abschiebepolitik umgesetzt.
Das sog. "6-Wochen-Modell", mit der Konzentration sämtlicher Entscheidungsbehörden für das Asylverfahren in Reutlingen, einschließlich einer Sonderabteilung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen, soll die Abschiebe-und Abschreckungspolitik perfektionieren.
Der Zeitraum von Asylantragsstellung bis zur Abschiebung soll dadurch auf 6-Wochen verkürzt werden. Durch Isolation der Flüchtlinge und Einschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten mit immer faschistoideren Gesetzen, werden rechtsstaatliche Garantien vollends zur Farce.

Darüber hinaus wurde durch die lokalen Medien bekannt, daß das Rp bei seiner rigorosen Abschiebepraxis aus dem Reutlinger Lager, nicht einmal die auf ein Minimum reduzierten Rechte der Flüchtlinge respektiert. Bereits mehrmals wurden Abschiebungen überfallsmäßig durchgeführt, obwohl das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen war. Aus Angst vor diesem Vorgehen haben Flüchtlinge nächtelang außerhalb des Lagers im Freien verbracht. Viele Flüchtlinge haben daraus zunehmend ihre Konsequenzen gezogen und sind inzwischen in die Illegalität abgetaucht oder haben in einem anderen Bundesland, wo bisher noch nicht nach dem 6-Wochen-Modell abgeschoben wird, einen neuen Asylantrag gestellt.
Diese Möglichkeit bleibt aber nur solange, bis bundesweit ähnliche Modelle umgesetzt worden sind.

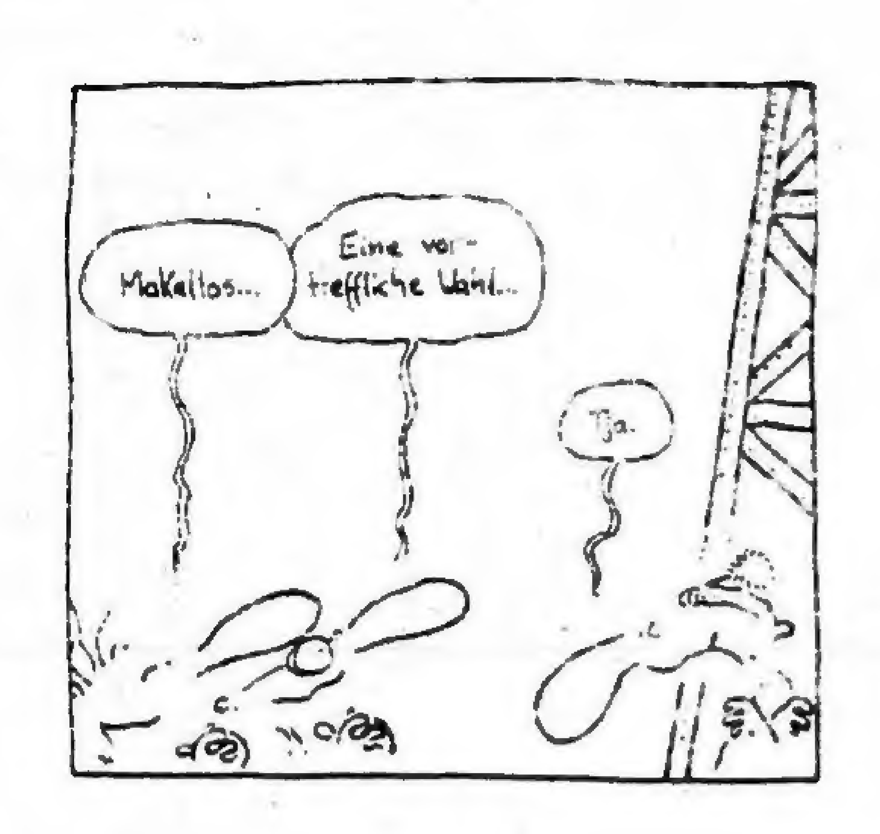
Wir müßen die Flüchtlinge bei ihrem Kampf gegen die rassistischen Angriffe auf allen Ebenen unterstützen.



Warum Brandsatz und nicht Lichterkette ? - Das werden sich jetzt sicher Einige fragen.



Vor dem Hintergrund der rassistischen Überfälle und Pogrome auf ImmigrantInnen und den Ansätzen von antifaschistischer Gegenwehr, findet zur Zeit eine massive Hetze gegen das linksradikale Spektrum statt.
Nach den Eierwürfen auf Weizsäcker und Kohl forderte die CSU wieder einmal die Einführung von Gummigeschossen gegen "linke Demonstrationsterroristen". Während und nach den rassistischen Pogromen gegen Flüchtlingsunterkünfte, war davon selbstverständlich nichts zu hören. Auch die Medien, von Bildzeitung bis zur TAZ berichteten entsprechend ideologisch gleichgeschaltet.



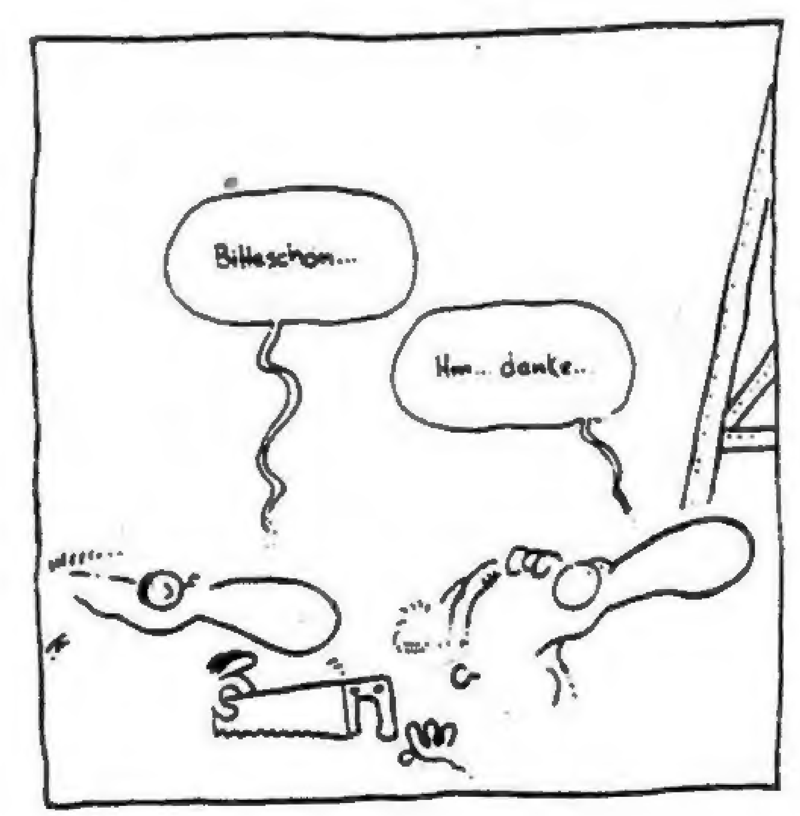
Zum Beispiel kommentierte der Chefredakteur der Südwest-Presse Ulm die Eierwürfe von Berlin mit der Parole "Weg mit dem linken und rechten Pack". Grüne Politiker erhoben Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter in Berlin, da dieser nicht genügend gegen die Eierterroristen vorgegangen sei. Und natürlich wurden während der rassistischen Pogrome mehr Leute aus antifaschistischen Zusammenhängen, die Häuser der ImmigrantInnen schützen wollten, festgenommen, als rassistische Angreifer. Das ist alles nichts Neues. Neu ist die breite Einigkeit in der demagogischen Gleichsetzung der rassistischen und faschistischen Gewalt mit der antirassistischen und antifaschistischen Gegenwehr durch die massive Hetzpropaganda.

Revolutionäre Gegengewalt, die Befreiung von Unterdrückung zum Ziel hat, ist moralisch und politisch legitim und notwendig. Die rassistische und faschistische Gewalt, hat jedoch das Ziel, schon bestehende Gewaltverhältnisse zu verschärfen. Sie wollen den offenen Terror gegen Minderheiten als von Vielen akzeptiertes politisches Mittel gesellschaftlich installieren.

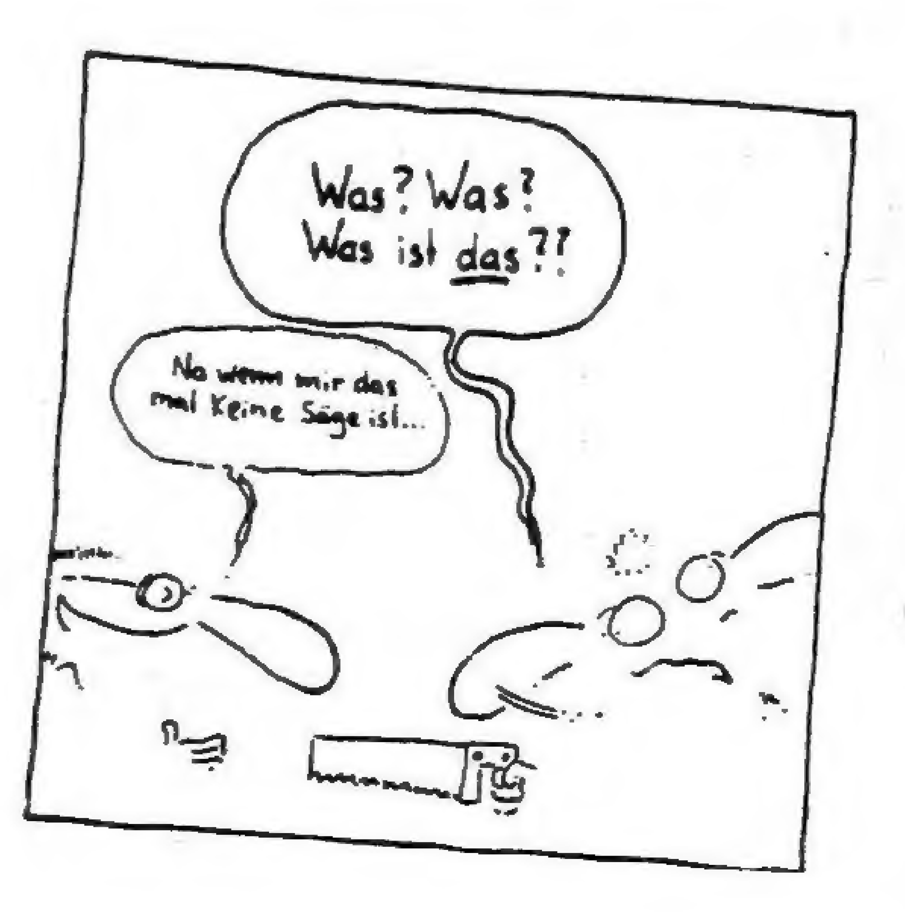


Durch die momentane Hetze gegen linksradikale Ansätze, soll der staatliche Machtapparat mit seinem Gewaltmonopol, als die einzige Möglichkeit dargestellt werden, die angebliche "Gefahr von Rechts und Links" für die "Innere Sicherheit" zu beseitigen. Die Gleichsetzung von Links mit Rechts soll dabei ideologisch mit dazu beitragen, daß eine linke politische Orientierung nicht als gesellschaftliche Alternative und einzige Chance gegen eine faschistische Entwicklung, von den Menschen begriffen und umgesetzt wird.

Zur Legitimierung des staatlichen Gewaltmonopols und zur weiteren Verankerung in den Köpfen der Menschen, werden auch noch angebliche historische Parallelen zu den Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Organisationen in der Weimarer Republik, gezogen. Was nach der Weimarer Republik kam, wissen wir alle. So wird an dem Mythos des "überparteilichen Staates" als demokratischem Unschuldslamm gebastelt.



Aber offensichtlich ist der Staatsapparat für die rassistischen Pogrome mitverantwortlich. Sie ergänzen die staatlichen Gewaltverhältnisse durch ebensolche menschenverachtende Gewalt auf anderer Ebene. Durch unberechenbare direkte und jederzeit mögliche physische Gewalt. Diese Gewalt und ihre Wirkung auf die ImmigrantInnen nützen diesem Staat und seinen kapitalistischen Zielen. Sie wirkt auch da abschreckend, wo staatliche Gewalt ihre Wirkung schon verloren hat. Die Herrschenden hier orientieren ihre Politik ebenso wie überall nicht an humanitären Grundsätzen, sondern an knallharten Profitinteressen. Die "weiche Linie" gegen die rassistischen Mörder, ist kein auf Nachlässigkeit beruhender Fehler, sie entspricht dem staatlichen Interesse an einer skrupellosen Abschreckungspolitik gegenüber potentiellen ImmigrantInnen.





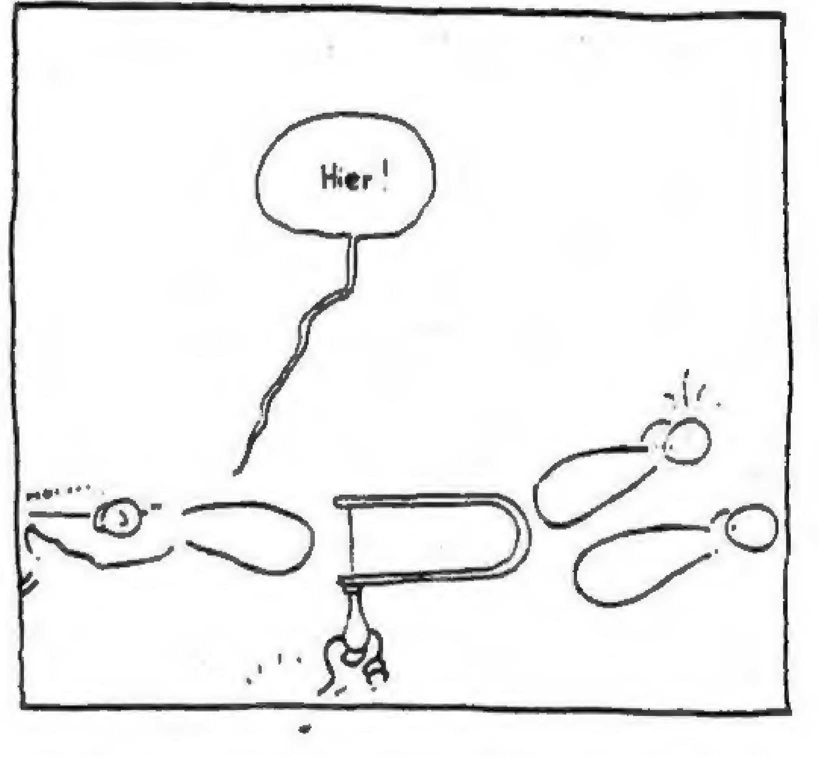


Schon immer werden ImmigrantInnen in der BRD durch Ausländer-und Asylgesetze einer rassistischen, an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit orientierten, Hierarchie unterworfen.
Wenn es für das Kapitalinteresse erforderlich war, wurden ArbeitsimmigrantInnen angeworben. Als für sie kein wirtschaftlicher Bedarf mehr bestand, sollten sie wieder verschwinden. In die gleiche Richtung zielen auch die von den Grünen und Teilen der SPD angestellten Überlegungen hinsichtlich eines Einwanderungsgesetzes. Nur diejenigen, die wirtschaftlich von Nutzen sind, sollen in bestimmter Anzahl und mit bestimmten Fähigkeiten einwandern dürfen. Hierzu zählen dann auch in Trikont-Ländern angeworbene Frauen, die hier zur Armutsprostitution gezwungen werden und zur patriarchalen Reproduktion der Männer beitragen müßen.

Durch die aktuellen Flüchtlingsbewegungen, ausgelöst durch die imperialistische Ausbeutungs-und Vernichtungspolitik, wird auch die BRD mit einem Ergebnis dieser Politik direkt konfrontiert.
Die staatliche Reaktion darauf heißt: Abschottung und Abschiebung.
Im Rahmen der europäischen Großmachtpolitik sollen die europäischen Metropolenstaatenals befriedete Inseln des Reichtums Weniger gesichert werden. Während im Trikont und in Osteuropa und auf dem Balkan Krieg, Hunger und Verarmung zum Alltag des größten Teils der Bevölkerung gehört, soll uns hier allgemeine Zufriedenheit und Wohlstand vorgegaukelt werden. Nach dem Zusammenbruch und der Unterwerfung der ehemals staatssozialistischen Staaten, sollen wir unser "Heil" im Metropolenkapitalismus suchen. Nur wenige werden es hier finden.



Auch nach dieser Aktion gegen das Regierungspräsidium werden sie uns als gewalttätige und rücksichtslose Brandstifter darstellen. Obwohl wir unsere Aktion genau vorbereitet und jede Gefährung von Menschen ausgeschlossen haben, werden sie uns wieder mit Nazis vergleichen, die tagtäglich Flüchtlingswohnheime anzünden und Menschen ermorden.
So demagogisch und offensichtlich falsch diese Gleichsetzung ist, so gefährlich ist dieser propagandistische Ansatz.
Auch bei Menschen aus dem linken Spektrum, haben wir festgestellt, daß eine Verunsicherung besteht, inwieweit praktisch militante Aktionen überhaupt noch als politisches Mittel in Frage kommen.
Die Angst davor, in einen Topf mit den Nazis geworfen zu werden, wirkt.
Die politische Praxis verstärkt sich immer mehr auf Aktionsformen, worüber die Öffentlichkeit über Schweinereien des Systems oder eizelner Repräsentanten informiert werden soll. Der Schwerpunkt liegt hier bei medienwirksamen und symbolischen Aktionen auf denen ziviler Ungehorsam und Protest dokumentiert wird.
Uns scheint, daß dies aus der verbreiteten Analyse abgeleitet wird, die herrschenden Verhältnisse würden sich durch das öffentliche Vertreten der "besseren und menschlicheren Argumente im demokratischen Spiel der gesellschaftlichen Kräfte" verändernlassen.
Wir sagen aber: Die Herrschenden haben die Macht - und das ist das beste Argument.

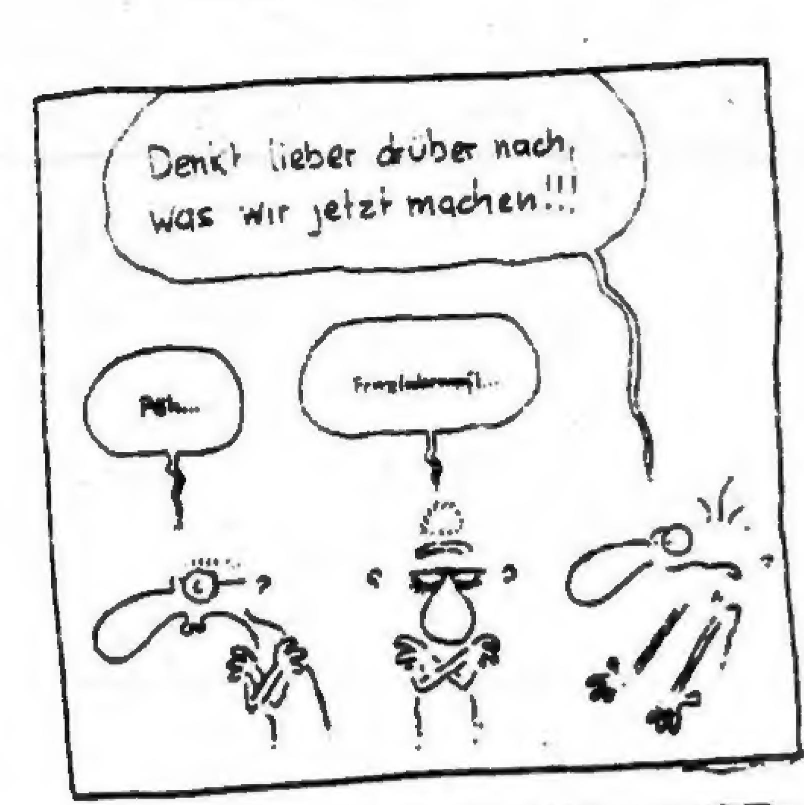




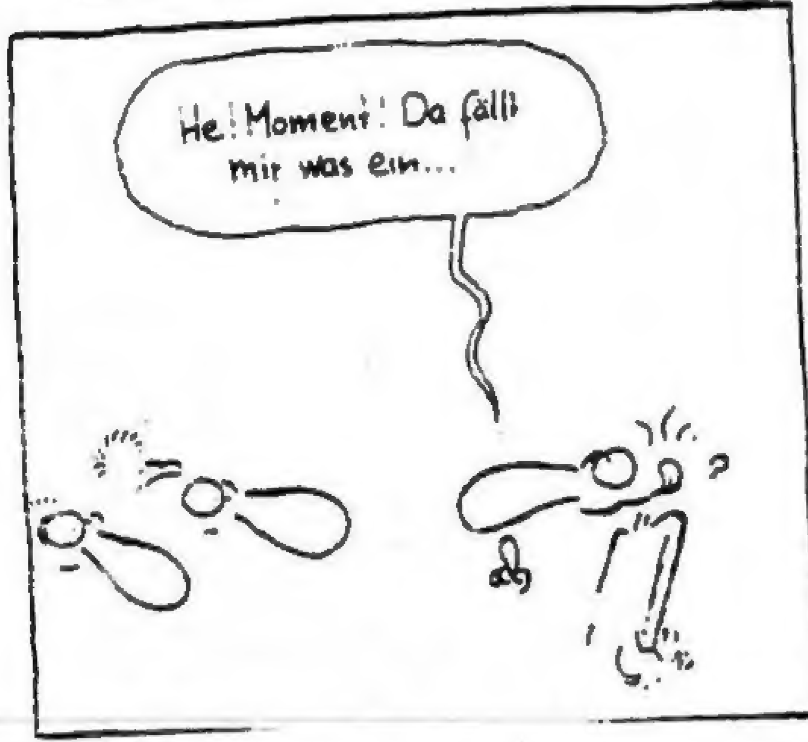
Außer der vorher beschriebenen neuen Verunsicherung, gibt es noch einige andere Gründe dafür, daß militante Aktionsformen nicht logischer und regelmäßiger Bestandteil unserer politischen Praxis sind.
Die größte Unsicherheit kommt wohl daraus, daß von Vielen kein politischer Sinn darin gesehen wird. Verbreitet ist die Einschätzung: das Schreckt nur Leute ab, Inhalte seien so nicht vermittelbar und außerdem ändern tut sich dadurch sowieso nichts und vor allem nicht sofort.



Wir denken, daß die praktisch militante Aktion, die direkte Sabotage von Einrichtungen des Staatsapparats, diesen behindert und im günstigsten Fall auch mal was verhindern kann. Deshalb ist diese Aktionsform auch gegen staatliche Einrichtungen politisch notwendig.



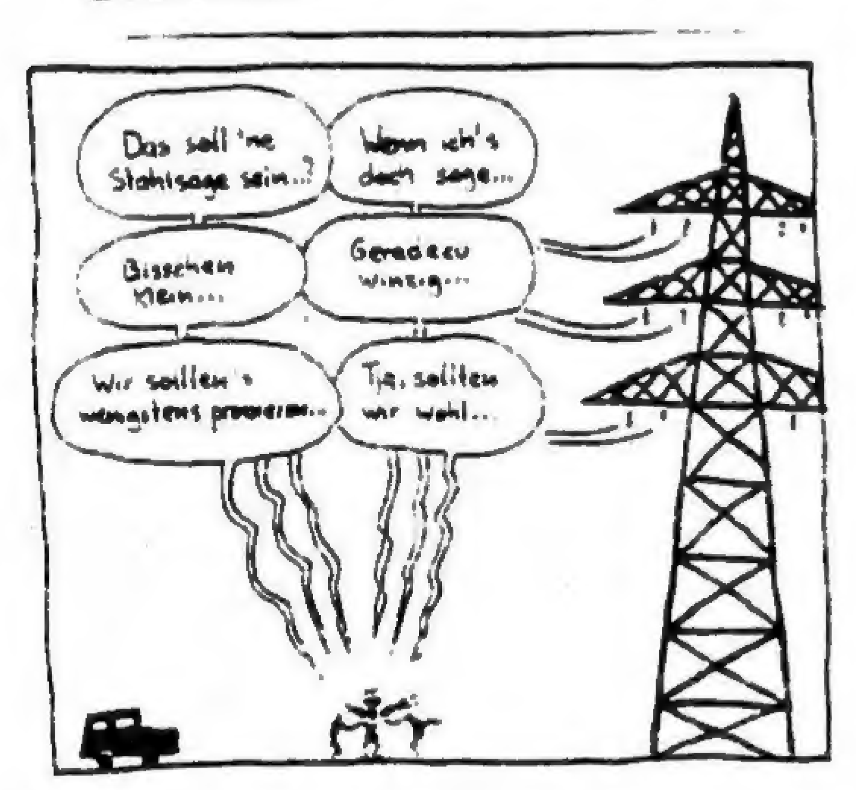
Im Gegensatz zum Zivilen Ungehorsam, ist diese Aktionsform nicht in das Herrschaftssystem integrierbar. Eine reformistische Vereinnahmung ist ausgeschlossen. Nur durch den Bruch der politischen Spielregeln des Systems, drückt sich dessen radikale Ablehnung aus. Danach müßen auch Aktionsformen bestimmt werden.
Der nette und lächelnde Kontaktbulle, der sonst immer dabei ist, hat bei praktisch militanten Aktionen keinen Platz. Nur durch sie wird jede Kommunikation mit den Herrschenden und ihren Handlangern verweigert. Und davor fürchten sie sich hier und weltweit am Meisten. Daß jede Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf politische Aktionsformen entfällt, ist ihr größter Schrecken.



Natürlich glauben wir nicht, den Staat dadurch in seinen materiellen und ideologischen Grundmauern erschüttern zu können. Dazu müßen wir die Ansätze praktisch militanter Politik ebenso wie andere Ebenen politischer Praxis zusammen weiterentwickeln. Wir gehen auch davon aus, daß revolutionäre Veränderungen hier in absehbarer Zeit ausgeschlossen sind. Trotzdem und gerade deshalb, ist es notwendig, in dem was wir politisch tun, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer revolutionären Abschaffung patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse auszudrücken. In einer einzelnen Aktion kann nicht das alles aufgehoben sein, aber es muß am konkreten Punkt sichtbar werden, was da möglich ist und in welche Richtung es gehen kann.



Für einen weiteren wichtigen Grund für eine unzureichende militante Praxis, halten wir das Schielen auf potentielle Angriffsobjekte, die als Schalt-und Verwaltungszentren der Herrschenden definiert werden. Natürlich - je näher da ran kommen, desto besser ist es. Diese Objekte sind aber auch die best bewachten und überwachten. Eine Aktion dagegen ist meist nur mit hohem organisatorischem Aufwand und persönlichem Risiko möglich. Und die, die solche Aktionen hinkriegen, werden zwar bewundert und mystifiziert, aber die wenigsten können sich selbst einen solchen Schritt vorstellen.
Wir denken es gibt genügend Einrichtungen des Staatsapparats, die nicht mit hohem Aufwand gesichert sind und trotzdem zum Funktionieren des Apparats notwendig sind. Deswegen haben wir hier, wo Repräsentativ- und Transportfahrzeuge des RP relativ unbewacht stehen, gehandelt.













Wenn wir fehlende, bzw. ungenügend entwickelte Militanz feststellen, dürfen wir als wichtigen Punkt die Angst nicht vergessen. Die drohende Repression zielt auf das, was wir zu verlieren haben: auf Geld, Bequemlichkeit und als Äußerstes die Freiheit, wenn wir einfahren. Bis wir diese Sicherheit in die Waagschale werfen, muß sich die politische Bedrohung schon sehr direkt auf uns selbst beziehen. Es ist ja auch ein Unterschied, ob Frau/Mann gegen Abschiebung ist oder selbst davon bedroht ist.

Wer aber zu der politischen Analyse gelangt ist, daß ein System, das auf Gewalt verhältnisse aufgebaut ist, letztendlich nur mit revolutionärer Gegengewalt abgeschafft werden kann, muß über kurz oder lang auch die eigene Angst überwinden lernen. Denn es wird Zeit, daß nicht nur wir die sind, die Angst haben müßen.

In diesem Sinn handlungsfähig zu werden, heißt auch, die notwendigen verbindlichen und vertrauensvollen Strukturen schaffen.



IM GEDENKEN AN DAGOMIR CHRISTINEL AUS RUMÄNIEN - am 14.März 1992 von 40 Deutschen bei Rostock ermordet

Tübingen
Januar 1993



Wir, das Antifa-Info-Telefon, wollen vor allem im Raum Berlin-Brandenburg den antifaschistischen und antirassistischen Informationsaustausch unterstützen.

Über die Tel.-Nr. 692 15 99 (Anrufbeantworter) könnt Ihr die aktuellsten Veranstaltungshinweise (Demos, Diskussionen, Filme usw.) abfragen. Wenn Ihr es geschafft habt, bis zum Piepston vorzudringen, habt Ihr die Möglichkeit, eine Nachricht zu hinterlassen.

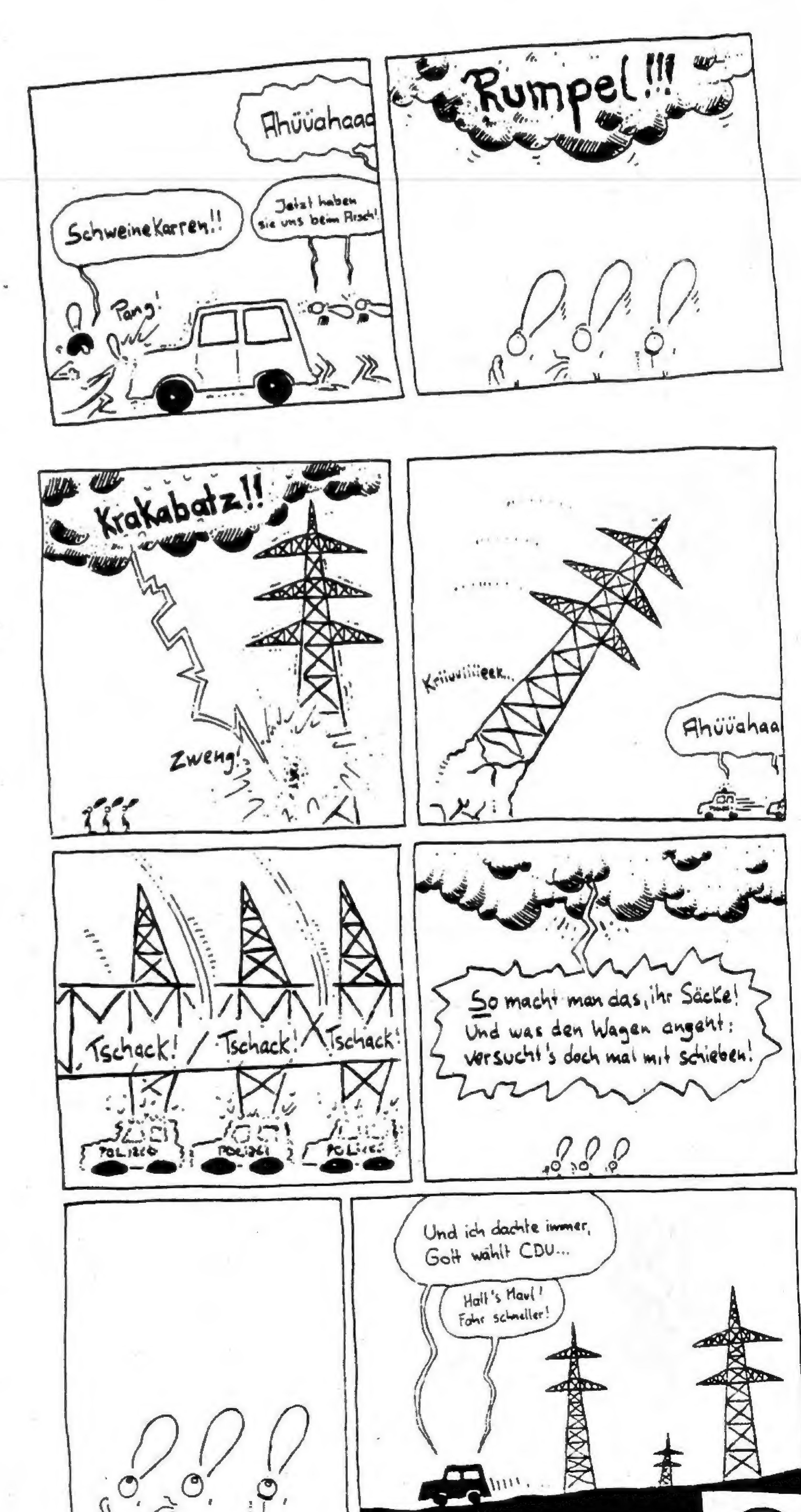
Bei aktuellen Meldungen, z. B.:
- **antifaschistischen u. antirassistischen Aktionen und Terminen**
- **faschistischen u. rassistischen Übergriffen und Aktivitäten**

ruft doch bitte die Telefon-Nr. 786 59 17 (Anrufbeantworter) an. Außerdem könnt Ihr uns unter dieser Telefon-Nr. jeden Mittwoch von 17.00 - 20.00 Uhr persönlich erreichen.

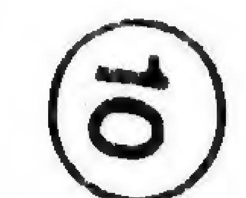
Unsere Postadresse ist übrigens:
Antifa-Info-Telefon
c/o Buchladen O-21
Oranienstr. 21
1000 Berlin 36

Um unsere Telefonrechnungen etc. bezahlen zu können, sind wir auch dringend auf Eure Spenden angewiesen. Spenden können auf das Konto der Antirassistische Initiative e. V.
Stichwort Antifa-Info-Telefon (*nicht vergessen !!*)
Konto-Nr. 303 96 00
Bankleitzahl 190 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
überwiesen werden.
Die Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Wir sind so gut, wie Ihr uns macht, darum unterstützt das AIT !



Antifaschismus und Militanz





Nach mehreren Pogromen, über 35 Morden an Angehörigen von Minderheiten allein in den letzten zwei Jahren und unzähligen rassistischen und faschistischen Angriffen, diskutieren viele Menschen über Selbstverteidigung und Gegenwehr, um den Terror zu stoppen und Faschisten und Rassisten Einhalt zu gebieten. Dies Flugblatt ist ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Oft erleben wir, daß in Diskussionen über antifaschistische Politik der Verzicht auf physische Gewalt gefordert wird. Wir sehen darin das Bemühen und Interesse vieler AntifaschistInnen an gewaltfreien Auseinandersetzungen in der Gesellschaft. Selbst mit Faschisten und Rassisten. Diesen Wunsch teilen und respektieren wir. Doch es bleibt ein Wunsch.

"Ach jeder Mensch wär lieber gut statt roh,
doch die Verhältnisse, die sind nicht so."

B .Brecht, Dreigroschenoper

Wir leben in einer Gesellschaft, in der uns permanent Gewalt begegnet. Persönlich ausgeübte körperliche Gewalt ist dabei eher selten. Überall und jederzeit anwesend ist dagegen strukturelle Gewalt - in Form des Staates, des Kapitals, des Patriachats oder in Gestalt von moralischen Normen.

* Der offensichtlichste Ausdruck struktureller Gewalt ist die *Gewalt des Staates.* Sie drückt sich in seinen Gesetzen und seiner Rechtsprechung, in seinen Organen und Institutionen aus. Dazu gehören Polizei, Armee und Geheimdienste, Knäste und Schulen, aber auch Sozial-, Ausländer- und Arbeitsämter etc.

* Der Staat funktioniert im Sinne des Kapitals, dessen oberstes Gebot es ist, aus allem, Natur und Mensch, Profit herauszuschlagen. Zu diesem Zweck wird jedeR einer Erziehung und und Ausbildung, dann dem Zwang zur Arbeit unterworfen. Und wenn er oder sie verbraucht ist, alt oder krank, wegen eines Unfalls, einer Behinderung oder aus sonstigen Gründen keinen Profit mehr abwirft, wird mensch ausgesondert und kommt auf den Müll. Für die Menschen der sogenannten "Dritten Welt", die von den Industrienationen und ihren Handlangern im eigenen Land unterdrückt und ausgebeutet werden, bedeutet die *Gewalt des Kapitals* zudem Vertreibung, Hunger, Elend, und Tod.

* Das Ganze basiert auf dem subtilen Gewaltverhältnis des Patriachats, das den Männern grundsätzlich die Macht über Frauen zuspricht und jeden einzelnen Mann in seiner Machtausübung gegenüber Frauen absichert, unterstützt und legitimiert. D.h. die *patriachale Gewalt* ist weltweit Stütze der HERRschenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme.

* Letztendlich sind auch Normen, Sitte, Anstand, - halt alles, was von der Mehrheit als "normal" angesehen wird - Ausdruck struktureller, nämlich *moralischer Gewalt.* Wobei sich die Moral nach den Gesetzen der Herrschenden richtet. Schwule und Lesben, LeistungsverweigerInnen, Behinderte und angeblich "Verrückte" werden mit Hilfe solcher Kategorien ausgegrenzt und ins Abseits gedrängt. Während die sogenannte "Normalität" scheinbare Stärke und Sicherheit liefert, das Selbstwertgefühl stärkt und vor allem einen Anteil an der Macht verspricht, indem sie es uns ermöglicht, "Andere" abzuwerten und auszugrenzen. "Normalität" ist der Feind, ist die Schere in unserem Kopf.

So sieht, kurz zusammengefaßt, die Realität aus, die unserem Wunsch nach Gewaltfreiheit gegenübersteht. Und dieser Realität müssen wir uns stellen, wenn wir Faschisten und Rassisten bekämpfen wollen. Denn was sie vertreten, ist nichts anderes als die Fortsetzung und Zuspitzung dessen, was jetzt schon der alltägliche Horror ist: Einen totalitäten Staat, der das Leben bis ins Kleinste bestimmt und überwacht. Eine kapitalistische Wirtschaftsstruktur, in der die Einen gewinnen, die Anderen verlieren. Die totale Verfügungsgewalt über Frauen. Und eine Norm für alles und jedeN.

Mensch muß nicht das "Dritte Reich" heranziehen, um das zu wissen. Es reicht, sich die Worte und Taten von Faschisten und Rassisten heute anzugucken. Ihr ganzes Denken und Handeln ist bestimmt von Gewalt und Unterdrückung, von Abwerten und Ausgrenzen, von Hierachien, von Befehl und Gehorsam. Sie haben Angst vor Freiheit und Selbstverantwortung; vor allem, was fremd und anders ist; vor Eigeninitiative und Solidarität.



Weißer Terror 1932



Das Dritte Reich 1934

Gerd Arntz

Unser Bestreben dagegen ist

"Frei zu Leben wie ein Baum
und brüderlich wie ein Wald"

Nazim Hikmet

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung nicht mehr existieren, in der "der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist", in der die Würde und Selbstbestimmung des Menschen genauso selbstverständlich ist wie das tägliche Brot und ein Dach über dem Kopf, in der die Freiheit der Anderen die eigene ist.

Diesen Zielen steht das kapiatlistische System genauso entgegen wie die Faschisten. Mögen die sogenannten "demokratischen Staaten" in den Gewalttaten der Neonazis auch einen Angriff auf ihr Gewaltmonopol sehen, so sind sich Faschisten und "Demokraten" doch in einem einig: Sie wollen einen starken, gewaltbereiten Staat. In diesem Sinne sind Staat, Kapital und Faschisten Verbündete. Im Zweifel arbeiten sie Hand in Hand, wie z.B. die aktuelle Auseinandersetzung um die Flüchtlinge zeigt. Denn es waren die PolitkerInnen, die mit ihrem Gerede von einem "Asylproblem" die Lunte gelegt haben, die von den Neonazis angezündet wurde.

Wer ein freies und selbstbestimmtes Leben will, kann deshalb seine Verantwortung im Kampf gegen Faschismus und Rassismus nicht abgeben, delegieren oder gar in die Hände des Staates legen. Ein solches Verhalten würde vielmehr dazu führen, den Staat und die von ihm ausgeübte strukturelle Gewalt zu stärken. D.h. unser Kampf muß auf Eigeninitiative und Selbstorganisation, auf das Vertrauen in die eigene Stärke und Militanz basieren.

Militanz



Die Waffe der Kritik ...



kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen!

Wir verwenden für Gewalt, die von unserer Seite ausgeht, den Begriff "Militanz". Wir tun dies deshalb, weil das Wort "Gewalt" als Begriff für Zerstörung steht, ohne auszudrücken, gegen was oder wen sie sich richtet, und welche Form sie hat. Unsere Gewalt soll aber das zerstörerische System stoppen, also zugunsten etwas Positivem die Zerstörung zerstören. ("Krieg dem Krieg" z.B.) Sie ist radikaler Ausdruck des Bemühens, sich dem System zu verweigern, HERRschaftsfreie Strukturen zu entwickeln, zu leben und zu progagieren, so gegen das System zu agitieren, es zu sabotieren und anzugreifen.

"WENN MILITANT SEIN HEISST
DASS ICH ALLE MÖGLICHKEITEN NUTZE
DASS ICH NUR JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUE
UND ALLE NUR MÖGLICHEN AKTIONEN
UM EIN FÜR ALLEMAL
DIE NATÜRLICHE LEBENSWEISE DES MENSCHEN
WIEDER EINZUFÜHREN
WENN DASS MILITANT IST
DANN BITTE ICH MEINEN VATER SONNE
UND MEINE MUTTER ERDE
DASS SIE MIR LEBEN UND STÄRKE GEBEN
UM VON ALLEN
DER MILITANTESTE ZU SEIN"
(EIN MEDIZINMANN)

Trotzdem birgt antifaschistische Militanz, die von Männern ausgeübt wird, die Gefahr in sich, keine neuen Wege zu beschreiten sondern über das schlichte Recht des Stärkeren männliche Auseinandersetzungs- und Unterdrückungsformen zu erhalten und zu reproduzieren. Denn wir sind alle Teil des patriachalen Gewaltverhältnisses, und nicht zufällig ist die körperliche Gewalt handfester Ausdruck persönlicher Macht von Männern gegenüber Frauen. Dies sollten wir uns stets vor Augen halten und bei allen unseren Aktionen mitdiskutieren.

Weitere grundsätzliche Kriterien, die wir bei jeder Aktion berücksichtigen müssen, sind:
- Unser Ziel ist die Zerstörung von Machtstrukturen. Wir wollen rassistische und faschistische Propaganda und Praxis bekämpfen und nicht einzelne Faschos.
- Es muß klar sein, was mit jeder einzelnen Aktion bezweckt ist. Sie darf nicht beliebig sondern muß Ergebnis genauer Überlegung sein.
- Aktionen müssen öffentlich gemacht werden, ihre Gründe und Ziele sind zu erklären.
- Es ist unbedingt darauf zu achten, daß Unbeteiligte nicht zu Schaden kommen.

> Wir kämpfen allerdings mit Haß. Aber wir kämpfen aus Liebe für die Unterdrückten, die nicht immer notwendigerweise Proletarier sein müssen, und wir lieben in den Menschen den Gedanken an die Menschheit.
>
> Kurt Tucholsky

Vor allem dürfen wir unseren berechtigten Haß nicht zur Leitlinie unseres Handels machen. Denn ein kühler Kopf und kalter Zorn bringen weiter als blinde Wut und unüberlegter Aktionismus. Ganz praktische Tips in dieser Hinsicht gibt Marighela, ein Revolutionär aus Südamerika. In seinem "Handbuch des Stadtguerilleros" zählt er die "Sieben Sünden" auf, die auch wir tunlichst vermeiden sollten:

1) Aus eigener Unerfahrenheit heraus, den Feind für dumm zu halten, seine Intelligenz zu unterschätzen, die Aktion für zu leicht zu halten, und im Ergebnis Spuren zu hinterlassen, die zu katastrophalen Folgen führen können. Oder - umgekehrt - den Feind zu überschätzen, ihn für stärker zu halten, als er ist, mit der Folge, daß mensch eingeschüchtert, unsicher und unentschlossen, gelähmt und initiativlos wird.
2) Mit Aktionen anzugeben und seine "Heldentaten" auszuposaunen.
3) Aktionen unabhängig von dem Stand der eigenen Bewegung durchzuführen und damit u.a. die Sicherheit der eigenen Leute zu gefährden.
4) Sich selbst zu überschätzen und Aktionen zu machen, zu denen Fähigkeit und Infrastruktur nicht vorhanden sind.
5) Voreilig, ungeduldig und nervös zu sein.
6) Den Feind in einer Situation anzugreifen, in der er besonders gereizt und wütend ist.
7) Statt genau zu planen und zu Überlegen, sich auf Improvisation oder gar das eigene Glück zu verlassen.

Zum Schluß möchten wir noch einmal betonen, daß dieses Flugblatt Denkanstöße geben und zur Debatte um antifaschistische Militanz beitragen will. Unberücksichtigt läßt es, daß sich die Probleme für Flüchtlinge, AusländerInnen, Juden und Obdachlose weniger theoretisch sondern ganz praktisch stellen. Im Unterschied zu uns, können sich diese Gruppen der (gewalttätigen) Konfrontation nicht entziehen. Sie haben keine Wahl und müssen sich tagtäglich gegen rassistischen und faschistischen Terror zur Wehr setzen.



Wenn wir jemals einen Plan haben, sind wir erledigt.

Einige autonome Antifas

aus dem Ruhrgebiet

VisdP: Marinus van der Lubbe, Reichstagsstrasse 27/2/33, Berlin



Erklärung der "Frauen in Schwarz"
(Belgrader Feministinnen)

Wir, die Frauen in Schwarz gegen den Krieg, Frauen vom Frauen- und Mädchennotruf, Feministinnen und andere Belgrader Pazifistinnen, protestieren gegen alle internationalen Kampagnen, die die Vergewaltigungen von Frauen in Bosnien und Herzegovina für Propagandazwecke ausnutzen.

Der Hintergrund dieser Erklärung ist der folgende:

In Belgrad demonstrieren seit dem 9. 10. 1991 jeden Mittwoch "Frauen in Schwarz gegen den Krieg" ihre absolute Ablehnung der Politik des serbischen Regimes und aller anderen nationalistischen Politik, die zu diesem Krieg geführt hat, und ihn weiterführt. Sie zeigen ihre absolute Ablehnung des Militarismus und des sich ausbreitenden Faschismus.

Der Frauennotruf führt ein Tagebuch über Fälle von Gewalt gegen Frauen. Diese zeigen, daß eine Art Krieg gegen Frauen immer existiert hat; er hat sich lediglich seit dem Kriegsbeginn in Kroatien und Bosien intensiviert.

Im Dezember 1992 gründete die Notruforganisation eine Gruppe für Frauen, die im Krieg vergewaltigt wurden. Die Gruppe will unabhängige und verläßliche Dokumentation über Frauen, die im Krieg und im Frieden vergewaltigt werden, erstellen und ein Zentrum für Vergewaltigungsopfer aufbauen.

Unsere Meinung zur aktuellen Sitation im Hinblick auf Kriegs- Vergewaltigung ist:

Wenn wir die Geschichte weltweiter Frauenerfahrung betrachten, wird klar, daß Vergewaltigung von Frauen in Kriegszeiten niemals gesellschaftlich sichtbar war, noch als Kriegsverbrechen anerkannt wurde. Und das ist genau das, was wir ändern wollen.

Wir finden uns aber in einer widersprüchlichen Situation: Auf der einen Seite wird Vergewaltigung im Krieg zum ersten Mal in der Geschichte ein Thema auf der höchsten Ebene der internationalen Politik; andererseits ist das Motiv derer, die die Diskussion bestimmen, nicht der Schutz von Frauen, sondern die Benutzung von Frauen für Kriegspropaganda und die Steigerung von nationalem und völkischem Haß. Das Leiden von Frauen wird in eine Entschuldigung für die mögliche Eskalation von Kriegshandlungen verwandelt: Frauenleiden wird instrumentalisiert.

Die Realität ist, daß in diesem Krieg und in allen Anderen Vergewaltigung eine militärische Taktik aller Armeen ist, die sich gegen Frauen der feinlichen Seite richtet. Aber wenn die nicht zur Verfügung stehen, dann werden die Frauen der eigenen Seite vergewaltigt, am Kriegsschauplatz und zu Hause.

Deshalb forden wir:

1. Frauen, die im Krieg in Bosnien vergewaltigt werden, dürfen nicht auf der Basis der Nationalität aufgeteilt oder verschieden bewertet werden. Das Leiden der Bosnischen, Kroatischen, Serbischen Frauen und das von Frauen anderer Nationalität ist für uns gleich wichtig.
2. Vergewaltigung im Krieg muß als Kriegsverbrechen anerkannt werden, und alle Soldaten/Vergewaltiger in allen Armeen der Welt müssen vor Gericht gestellt werden.
3. Ein internationales Gericht muß sofort eingerichtet werden, um bei Vergewaltigung von Frauen im Krieg die Täter zu verfolgen. Dieses Gericht darf nur mit Frauen besetzt sein.
4. Frauen, die als Folge einer Vergewaltigung im Krieg schwanger werden, müssen die freie Wahl haben, ob sie die Schwangerschaft abbrechen lassen oder nicht. Das Recht auf diese Entscheidung steht alleine der einzelnen Frau zu, nicht ihrer Nation, politischen Partei, Regierung oder Kirche.
5. Die Regierungen der internationalen Gemeinschaft müssen Frauen, die im Krieg vergewaltigt wurden, Asyl gewähren.
6. Die internationale Staatengemeinschaft und Öffentlichkeit müssen Druck auf die Regimes von Slobodan Milosevic, Radovan Karazic, Alije Izebegowic, Mate Boban und Franjo Tudjman ausüben, daß alle Frauen aus allen Konzentrationslagern, Privatgefängnissen, Militär-"Freuden"-häusern und allen anderen Orten offizieller oder inoffi-

zieller sexueller Sklaverei freigelassen werden.

Mit dieser Information und diesen Forderungen wollen wir die internationale Kampagne zu den vergewaltigten Frauen in Bosnien von einem Argument für Agression zu einem Argument zum Schutz der Frauenrechte machen. Gleichzeitig wollen wir die internationale Vernetzung mit Frauengruppen, die unseren politschen Standpunkt teilen, auf daß internationale Frauensolidarität die patriarchale öffentliche Meinung durch die Stimme der Frauen ersetze.

Belgrad im Januar 1993

Anmerkungen zum Interimartikel vom 28. 1. 93 = Kassiberartikel vom Dezember 1992 = Was Lefft, Worte statt Taten aus Elangen (joke?) Artikel- **JUGOSLAWIEN - SPIRLBALL EUROZENTRISTISCHER IDEOLOGIEN**

Der Autor des Artikels poltert auf sträfliche Weise gegen den Bürger Paul Parin. Entweder ist es Dummheit zuzusprechen oder bitterer Polemik, Paul Parin in einem faschistischen Kontext zu erwähnen. (Ganz zu schweigen, ihm Eurozentrismus anzudichten). Auch, daß Parin »links und rechts in einen Topf wirft« kann wieder nur behaupten, wer ihn nicht kennt, bzw. seine Bücher, oder wer eben sich polemisch aufblasen will.

Daß der Artikel vor Plattheiten strotzt, ist nicht so ärgerlich wie die Tatsache, daß ein Geschlechterkonflikt und ein ideologischer Konflikt (auch in Jugoslawien) nicht zur Sprache kommen. Gerade auf diesem Terrain aber können Paul Parin und Goldy Parin-Matthey, (sie waren beide als Ärzte bei den Partisanen), schreiben, erzählen und handeln. Getragen von der Utopie einer sozialistischen Gesellschaft. Wer das überprüfen will, lese die Bücher:

Paul Parin • UNTRÜGLICHE ZEICHEN VON VERÄNDERUNG Jahre in Slowenien • »Die Vergangenheit ist immer neu: Sie verändert sich dauernd, wie das Leben fortschreitet. In die Gegenwart wirkt nur jener Teil des Vergangenen hinein, der dazu bestimmt ist sie zu erhellen oder zu verdunkeln.« Frühe Erzählungen. Sehr zu empfehlen • eva / 188 S. / geb. / 38 DM

Paul Parin • NOCH EIN LEBEN Eine Erzählung. Zwei Versuche • Ganz ohne seinen Willen wird ein junger Aktivist der Resistenza zum Helden des Mailänder Widerstands. Drei exemplarische Texte von Paul Parin zum Kennenlernen • Kore / 156 S. / 20 DM

Paul Parin • ES IST KRIEG UND WIR GEHEN HIN Bei den jugoslawischen Partisanen • Ein Kollektiv von Schweizer Ärzten nimmt am jugoslawischen Partisanenkrieg gegen die deutschen Faschisten teil. • Rowohlt / 285 S. / 38 DM

Paul Parin • DER WIDERSPRUCH IM SUBJEKT Ethnopsychoanalytische Studien • Als emanzipatorische Wissenschaft soll Ethnopsychoanalyse sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Verhältnisse aufklären. • eva / 253 S. / 28 DM

Paul Parin

Sohn aus reichem jüdischen Haus mit schweizer Paß.

Geboren 1916 in Noviklošter/Slowenien. Arzt in jugoslawischer Partisanenarmee (1944/45)

Danach Ausbildung als Neurologe und Psychoanalytiker. Praktiziert seit 1990 nicht mehr.

Erich Fried Preis 1992, schreibt zusammen mit seiner Frau Goldy Parin-Matthey.

Parin bezeichnet sich als »Erzähler, Psychoanalytiker, Ethnologe, Ethnopsychoanalytiker, politisch engagierter Bürger, citoyen und Kritiker der Kultur.«

Haribo

P.S.
Der Begriff »BürgerInnenkrieg« entbehrt nicht der Komik

Absatzschwierigkeiten für Nicaragua-Kaffee

Für über eine Million DM lagert nicaraguanischer Bio-Kaffee im deutschen Zollager. Soviel, daß an neuen Einkauf aus der aktuellen Ernte eigentlich nicht zu denken ist. Wenn der Kaffeeberg nicht kurzfristig in Geld umgesetzt werden kann, stehen die Kooperativen ohne die notwendige Unterstützung da und gehen bankrott.

Wir von el rojito sind ein politisches Kollektiv, das zusammen mit anderen Gruppen (MITKA GmbH) in der BRD Kaffee aus Nicaragua und El Salvador verkauft. Wir wagen den schwierigen aber interessanten Versuch, politisches und wirtschaftliches Handeln zu verbinden. D.h. auch, einen nicht profitorientierten Handel effektiv aber eben mit vorwiegend ehrenamtlicher Arbeit zugunsten der ProduzentInnen zu organisieren. Im Moment sind wir allerdings in die größte und bedrohlichste Krise unseres Bestehens geraten. Wenn wir jetzt keine massive Unterstützung in Form von Krediten und Kaffeeabsatz erfahren, bedeutet das für uns und für einige Kooperativen in Nicaragua das AUS. Wir stehen zu unserer Verantwortung und bestellten auch für nächstes Jahr Kaffee. Zum Verständnis müßen wir etwas ausholen:

Die Lage ist alles andere als rosig. Blicken wir hurz zurück: Ein Ergebnis der sandinistischen Agrarreform war die fast vollständige Zurückdrängung des vorherrschenden Großgrundbesitzes und die Herausbildung eines starken kleinbäuerlichen und kollektiven Sektors. Auch der zwischenzeitlich entstandene eher großflächige APP-Sektor (Staatseigentum) schrumpfte zugunsten der KleinbäuerInnen auf knapp 9%. Seit dem Antritt der Chamorro- Regierung wird massiv versucht, diese fortschrittlichen Eigentumsverhältnisse zugunsten der alten BesitzerInnen zu ändern. Neue Gesetze zur Enteignung, Angriffe von ehemaligen Contras, ideologischen Kampagnen und vor allem die Kreditpolitik der Regierung setzen die Kooperativen und KleinbäuerInnen massiv unter Druck. Der anfängliche Versuch, staatliche Betriebe an die ehemaligen GroßgrundbesitzerInnen zurückzugeben, wurde von LandarbeiterInnen und ihrer Gewerkschaft ATC mit Streiks und Landbesetzungen erfolgreich verhindert.
Dieser Widerstand führte dazu, daß sich alle gesellschaftlichen Kräfte zu einer Konzertierten Aktion zusammensetzten, um die Probleme in den Griff zu kriegen. Allein der Unternehmerverband COSEP widersetzte sich diesem Schritt und drängte auch die Regierung, sich wieder zurückzuziehen. Ab 91 wuchs der Druck des IWF und der Weltbank auf die nicaraguanische Regierung zur Beschleunigung des neoliberalen Projektes. Das heißt für den Kooperativensektor eine weitere Reduzierung des Kreditvolumens. Druck kommt auch von Seiten der US-Regierung, die festzugesagten Wirtschaftshilfegelder an neue (alte) Forderungen knüpft. So sollen die alten BesitzerInnen wieder Land bekommen. Diese Entwicklung führt momentan schon zu einem bedrohlichen Anwachsen von Kooperativenpleiten und zu Landverlust. Wir unterstützen den Kooperativensektor als Modell eines kollektiv organisierten linken Wirtschaftssektors in Nicaragua.

Seit 1987 beziehen wir, zusammen mit anderen Gruppen als MITKA, Kaffee aus Nicaragua, seit 1990 auch aus kontrolliert biologischem Anbau. Bis zur Wahlniederlage der SandinistInnen 1990 erfolgte der Handel über die staatliche Exportorganisation ENCAFE, danach über ECODEPA, die Vermarktungseinrichtung der KleinbäuerInnengewerkschaft UNAG und der Kooperativen. Die Kooperativen erhalten für den Kaffee momentan nur dann mehr - Geld, wenn der Weltmarktpreis wie im Moment unter den Produktionskosten liegt. Beispiel 1992: Der Weltmarktpreis für Kaffee sackt auf unter 60 Cent/Libra ab. Der errechnete Aufwand für ein Libra allerdings lag bei 75 Cent. Die Kooperativen erhielten 80 Cent.
Der von uns bezahlte Mehrpreis kommt den ProduzentInnen im wesentlichen indirekt zugute. Die Differenz zwischen dem an die ProduzentInnen bezahlten Preis und dem von uns garantierten Mindestpreis von 1,20 Dollar/Libra(ca.500 Gramm) + 10% (+30% bei Organico-Kaffee) Projektaufschlag bekommt in Nicaragua die ATC für die Unterstützung der LandarbeiterInnen in verschiedenen Projekten. Dies sind z.B. rechtliche Hilfen für von Räumung bedrohten Kooperativen, für Schulungsmaßnahmen, Kredite etc. und soziale Maßnahmen für alleinstehende Kooperativistinnen mit Kindern. Die ATC führt die dramati-

sche Auseinandersetzung in der Landfrage in Nicaragua mit einem Etat von ca. 1 Million Dollar, der zur Hälfte aus Kaffeegeldern stammt!

Beim Cafe Organico verhält es sich wegen der momentanen Umstände in diesen Kooperativen anders. Diese können nur durch die 30%ige Mehrzahlung überleben. Der Kaffee aus kontrolliert biologischem Anbau ist nämlich ein Zufallsprodukt der Notsituation Nicaraguas. Auf Grund der überalteten Plantage wurden seit über 6 Jahren keine Agrochemikalien eingesetzt. Jetzt erneuern die Kooperativen ihre Anbaufläche mit Hilfe unserer Mehrzahlung. Diese Campesinos/as erhalten von uns diesen Aufschlag so lange, bis sie kostendekkend arbeiten können.

Für uns alleine als el rojito wäre die Arbeit viel zu viel. Doch in organisierten Zusammenhängen ist sie zu schaffen. Die Projekte in und Informationen zu den Ländern gestalten wir zusammen mit dem Informationsbüro Nicaragua und mit einem Mitarbeiter vor Ort, ein Großteil des Vertriebs läuft ebenfalls über Gruppen und Initiativen. So entstand eine gut koordinierte Abwicklung der Projekte auch im Zusammenhang mit Arbeitsbrigaden, die in den Projekten arbeiten. Wir verstehen uns dabei nur als ein Teil des Rades.
In Hamburg selbst arbeiten wir wie ein "Solidaritätskomitee", das Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen Lateinamerikas und zu hier macht. Die Infoarbeit zum Kaffee umfaßt deswegen neben weltwirtschaftlichen Themen und Länderinformationen auch ebenso Spendenaufrufe für Organisationen und Projekte. Fast zuviel für unsere auch nicht so große Gruppe. Aber wir träumen noch!

...ein Grundsatz unseres Handels, nämlich die vollständige Bezahlung des Kaffees direkt nach dem Einkauf der Jahresmenge am Anfang des Jahres. Dieses ist jetzt jedoch stark gefährdet, da das dazu notwendige Geld zur Zeit in Form von ca. 1000 Sack, also 62 t Organico im deutschen Zollager liegt. Der Kaffeeüberhang entstand bei uns aus Zusatzimporten, die wir 1991/92 über unsere normale Bestellmenge hinaus in der Hoffnung tätigten, der Biokaffeeverkauf ließe sich noch um einiges ausbauen. Da der Weltmarktpreis für Kaffee in einen tiefen Keller gerutscht ist, wir jedoch einen gleichbleibend relativ hohen Kaffeepreis garantieren ist der Umsatz des "teuren" Nica-Kaffees um mehr als 20 % gesunken. Die Lage hat sich noch zusätzlich durch die Auflösung von größeren MITKA-Kaffeegruppen in Berlin und Frankfurt zugespitzt. Auf diese veränderte Situation ist von uns außerdem nicht rechtzeitig reagiert worden, so daß wir jetzt vor dem Problem stehen, innerhalb kurzer Zeit große Mengen Kaffees zu Geld machen zu müssen, bzw Darlehen zu kriegen.

Wenn wir das nicht schaffen, heißt das für uns und vor allem für die Kooperativen aller Wahrscheinlichkeit nach das Aus. Die Existenz der Kooperativen hängt eng mit unserem Handel zusammen. Sie haben ihre Betriebe nur mit dem von uns gezahlten Mehrpreis und aufgrund mittelfristiger Zusagen von uns aufbauen können. Wir finden es gut, den KooperativistInnen ein Arbeiten ohne Gifte zu ermöglichen und unseren Beitrag für eine ökologischere Welt zu leisten. Wenn jetzt jedoch unser Handel mit ihnen zusammenbricht, müßten sie den Kaffee auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Weltmarktpreis reicht nicht aus, ihre Darlehen zurückzuzahlen und die Kosten zu decken, die aufgrund unserer Zusagen kalkuliert wurden. Da sie über keine zusätzlichen Geldreserven verfügen, würde das den Konkurs und Landverlust bedeuten.

Wir haben beschlossen, den Preis des Cafe Organico für ein halbes Jahr um eine Mark zu senken, auch wenn es für uns eher ein Verlust wird. Wegen Darlehen setzen wir uns gerne mit Buch in Verbindung, um über die Modalitäten und die Sicherheiten zu informieren.

el rojito, Gr. Brunnenstr. 74, 4 HH 50, tel/fax 040-3906898/3904512

aus Cuba Libre, Nr. 4, 12.92

Thesen für eine Neukonstituierung der Linken

1 Das Ende des Realsozialismus ist kein Ende der Kämpfe um Befreiung. Die Bemühungen, die bestehenden Verhältnisse radikal umzuwälzen wird es immer wieder geben. Aus diesem Grund wird die nicaraguanische Revolution mit Sicherheit nicht die letzte der Geschichte sein. Es gibt auch heute emanzipatorische Bewegungen auf der Welt, die das bestehende System (nicht unbedingt in diesem Jahrhundert) kippen können.

2 Es ist unübersehbar, daß sich die Bedingungen für revolutionäre Bewegungen in den letzten Jahren grundlegend verändert haben. Durch das Scheitern des Realsozialismus sind bisherige Spielräume wie Grenzen für revolutionäre Bewegungen verschwunden und durch neue ersetzt worden. So gibt es heute weder die positiven Auswirkungen eines Alternativmarkts RGW (als Spielraum für unabhängig gewordene Länder) noch die negativen einer Ordnungszentrale Moskau, die revolutionäre Bewegungen zurückpfeifft und Prozesse blockiert, wenn es ihre Interessen verlangen. (Wie es z.B 1945 in Italien und Griechenland der Fall war und von Moskau mit Jugoslawien versucht wurde).

3 Die stattgefundenen Veränderungen sind damit nur insofern epochal, als sich die Bedingungen für emanzipatorische/revolutionäre Bewegungen verändert haben, nicht aber in dem Sinn, daß die Möglichkeiten und Notwendigkeiten radikaler Umwälzung verschwunden wären. Neukonstituierung ist in diesem Sinne notwendig, weil viele Positionen in der Linken sich letztendlich immer noch an nicht mehr bestehenden Verhältnissen orientieren: die Position zum Realsozialismus, die Einordnung in den Blockkonflikt, das Verhältnis zur RAF, die Rolle der Befreiungsbewegungen im Trikont.

Dazu kommen die inneren Veränderungen in der BRD. Die Streitfragen Engagement in den Grünen- ja oder nein- , Bedeutung von Klassenkämpfen versus soziale Bewegungen haben ihre Brisanz verloren.

Auch die Autonomen, die sich lange aus den Mythen der Jugendrevolte der 80er ernährten und im alternativen Milieu überwintern konnten, verlieren zusehends ihre ehemaligen Bezugspunkte. Diese Veränderungen in der globalen Situation, die Entwicklungen in der BRD, die sich neu stellende soziale Frage, die Annektion der DDR (die mit einem brutalen Identitätsverlust verbunden ist), die Veränderung von Klassenverhältnissen vor allem durch die Migration aus den osteuropäischen Ländern und die faschistische Offensive bedingen Umbrüche und Neudefinierungen in der Linken. Neukonstituierung wäre also vor allem als ein Prozeß zu verstehen, die Umwälzungen wahrzunehmen und bestehende Identifikationsmuster umzuwerfen. Die Kategorisierung der Linken in Antiimps, Autonome, Revis, vielleicht noch Ökolinke und jenseits davon *„Verräter-Innen"* ist in dieser Form nicht mehr als eine Worthülse.

4 Für den angesprochenen notwendigen Neukonstituierungsprozeß ist die Auseinandersetzung mit dem ganzen Reichtum linker Geschichte unverzichtbar. Wenn emanzipatorische Bewegungen Fehler nicht wiederholen wollen, müssen sie den Entwicklungsgang bisheriger Befreiungsversuche (von den Sklavenaufständen und Bauernkriegen über den Realsozialismus bishin zu den italienischen und iberischen Kämpfen der 60er und 70er oder den so unterschiedlichen antiimperialistischen Revolutionsversuchen wie der Agrarsozialismus in Tanzania und Burkina Faso, den RGW-orientierten Angola, Vietnam usw. und den sogenannten *„3. Wegen"* wie in Nicaragua) kennen und kritisch hinterfragen. Dabei wäre meiner Ansicht nach vor allem zu berücksichtigen, welche materiellen Grundlagen zu was für Entwicklungen geführt haben, welche Probleme sich einer emanzipatorischen Bewegung auch heute ganz ähnlich wieder stellen und welche alternativen Antworten auf diese äußeren Zwänge (z.B der überall eingetretenen äußeren Einkreisung) denkbar sind.

Ganz entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus. Nicht weil der in den meisten Ländern ein verteidigenswertes Gesellschaftsmodell dargestellt hätte, sondern weil sein Ursprung - die russische Revolution 1917- als der bisher größte Versuch von Befreiung zu betrachten ist. Mehr als an den kurzweiligen und schnell besiegten revolutionären Strohfeuern, läßt sich an den realsozialistischen Gesellschaften Rußlands, Chinas, Cubas oder Jugoslawiens



gerade aufgrund ihrer zahlreichen „Fehlentwicklungen" (gemessen an den ursprünglichen Hoffnungen) lernen. In diesem Zusammenhang halte ich es im übrigen für relativ überflüssig (und falsch), die Entwicklungen in den realsozialistischen Staaten vor allem mit dem Stalinismus und/oder aus den „Machtambitionen" der Führer der jeweiligen führenden Parteien erklären zu wollen.

5 Die Entwicklung in der SU (eine weitgehend terroristisch durchgesetzte Industrialisierung, Herausbildung einer neuen herrschenden Klasse, Entstehen eines Unterdrückungssystem neuen Typus) erklärt sich einerseits stark aus externen, von den Bolschewiki kaum zu beeinflussenden Faktoren: der äußere Angriff und die inneren Widersprüche zwischen Stadt und Land, zwischen Völkern und Zentrale förderten die Durchsetzung eines repressiven Modells. Dazu kam die Notwendigkeit, als isoliertes Land, wirtschaftliche Autarkie, d.h Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie um jeden Preis, zu erlangen.

Neben den verschieden externen Faktoren aber spielt auch das Politikverständnis der Bolschewiki eine wesentliche Rolle. Die italienische Kommunistin Rossana Rossanda attestierte den realsozialistischen Parteien 1971 in ihrem Aufsatz *Probleme der Demokratie und der Macht in den Übergangsgesellschaften* sehr passend *„einen verengten Revolutionsbegriff"*, der sich auf politische Machtübernahme und Verstaatlichung des Privateigentums beschränke. Meiner Ansicht nach hat der Revolutionsbegriff der KPdSU (und damit auch späterer kommunistischer Parteien, z.B der PC Cubas) mit einer wirklichen gesellschaftlichen Umwälzung nur vordergründig zu tun. Die Regierungsübernahme als solche stellt die Verhältnisse nicht in Frage. Revolution ist ein breiter, subjektiv erfahrbarer Prozeß der radikalen Veränderung aller Lebenssphären, nicht nur die Absetzung der Regierung und die Vergesellschaftung von Eigentum. Revolution ist ein langwieriger Prozeß ohne klaren Anfang und Ende. In diesem Sinne würde ich die These Rossana Rossandas unterstützen, daß *„die Machtübernahme zwar notwendiger, aber nicht hinreichender"* Bestandteil von Revolution ist.

6 Auf der Grundlage dieser Definition war die russische Revolution genau wie beispielsweise die chinesische, nicaraguanische oder algerische (um vier sehr unterschiedliche zu nennen) nicht mehr als ein Regierungsumsturz, der es für eine Übergangsphase ermöglichte, zahlreiche gesells[illegible] Verhältnisse in Frage zu stellen und anzugreifen. Zu einer bleibenden tiefschürfenden Veränderung kam es (außer in Teilaspekten) jedoch nicht. Die Geschlechterherrschaft blieb bestehen, die Produktionsformen in der Industrie, die Gestaltung des städtischen Alltags, die Technikkonzepte blieben dem modernen Kapitalismus vergleichbar.

Wenn man den Begriff *Revolution* dagegen nicht wertend definiert, also wie beim Begriff *bürgerliche Revolution* einfach nur einen Übergang von einer unterdrückerischen Gesellschaftsformation zu einer anderen meint, waren die sozialistischen Revolutionen des 20.Jahrhunderts wie die französische Revolution 1789 die Festschreibung neuer, in Grundfragen jedoch mit den Prinzipien der vorhergehenden Gesellschaftsformation in vielen Aspekten vergleichbarer Verhältnisse.

7 Der Realsozialismus, aber auch Fälle wie Nicaragua haben gezeigt, daß Umstürze, die nicht von einer breiten Mehrheit getragen werden, entweder repressiv werden oder wie in Nicaragua auf halbem Weg stecken bleiben. Damit ist nicht gemeint, daß in Rußland, Cuba, Nicaragua usw. die Bevölkerungsmehrheit nicht für einen Sturz der alten Regierung gewesen wäre. Auch die Bolschewiki hatten im Herbst 1917 ein Mehrheitsvotum in den Räteversammlungen hinter sich. Das Problem war, daß diese Unterstützung keine Übereinstimmung über die aufzubauende Gesellschaft beinhaltete, sondern sich auf die gemeinsame Ablehnung des bestehenden beschränkte. Die für eine Umwälzung notwendige Hegemonie linker Ideen beinhaltet daher auch eine Einigung über anzustrebende Ziele. Nicht nur Agrarreform und Friedensschluß (wie in Rußland), sondern auch (klar benannte) sozialistische Ziele müssen von Mehrheiten geteilt werden, wenn der Weg der Bolschewiki nicht wiederholt werden soll. Die revolutionäre Linke muß daher nicht nur um einen Konsens auf der niedrigsten Stufe (gegen Somoza und für Gerechtigkeit), sondern auch für einen gesellschaftlichen Konsens in den langfristigen Zielen kämpfen. D.h die politische Diskussion kann nicht zugunsten notwendiger Effizienz in der Tagespolitik zurückgestellt werden.

8 Für eine umfassende Umwälzung der Verhältnisse ist es in diesem Sinne auch notwendig, daß sehr viel mehr Menschen als in bisherigen revolutionären Prozessen selbst zu Handelnden werden. Diese notwendige aktive Beteiligung an gesellschaftlicher Befreiung beinhaltet, daß in der Gesellschaft vorhandene Widersprüche auch nach Umstürzen, bzw. vor allem dann, ausgetragen werden müssen. Sobald unterschiedliche Erfahrenswelten und Bedürfnisse nicht mehr durch administrative Verordnungen der führenden Partei künstlich begradigt werden stellt sich Unruhe ein: in der SU krachten Stadt und Land aufeinander, in der chinesischen Kulturrevolution begannen JungarbeiterInnen und FacharbeiterInnen zusammenzustoßen, die heutigen Konfliktlinien würden wohl vor allem patriarchale und rassistische Unterdrückung oder die immer größere Diskrepanz zwischen Individuum und Gesamtgesellschaft zur Grundlage haben.

9 Befreiung bedeutet, daß diese Widersprüche nicht von oben zugunsten notwendiger Stabilität *„für erledigt erklärt werden können"*. Zwar muß sich eine nachrevolutionäre Gesellschaft schützen, d.h wenn sie im inneren Chaos versinkt, geht sie unter, aber sie kann dies nicht repressiv tun. Die subjektive, von jedem Individuum erlebbare Seite der Befreiung ist zwar nicht der einzige Maßstab für gesellschaftliche Veränderung, aber eine in der Geschichte der realsozialistischen Staaten so gut wie gar nicht berücksichtigte. Die Aufgabe einer nachrevolutionären Regierung (eine Revolution, bei der sich auf der Stelle alle Formen institutionalisierter Gesellschaft wie Staat und Regierung auflösen, ist heute nicht vorstellbar) bestünde gerade darin, die Phase gesellschaftlichen Aufbruchs zu verlängern. Die Erfahrung zeigt, daß in Nicaragua, Spanien und Portugal in den 70ern während der Umbruchsmomente ein massiver Räte- und Selbstverwaltungsenthusiasmus ausbrach, der durch die Politik führender Parteien, aber auch durch ganz normale Ermüdung (Verantwortung ist ganz einfach Scheiß anstrengend) innerhalb von 2 Jahren fast vollständig wegbrach. Wenn die Linke überhaupt eine Aufgabe hat, dann ist es die, diesen Zusammenbruch zu verhindern und dafür zu kämpfen, daß mehr Menschen über die unmittelbare Aufbruchsstimmung hinaus Verantwortung tragen. Das macht sie nicht, indem sie eigene Kader an die Spitze entstehender Initiativen stellt, sondern nur indem sie das Entstehen *organischer Intellektueller* (wie es bei Gramsci heißt) fördert.

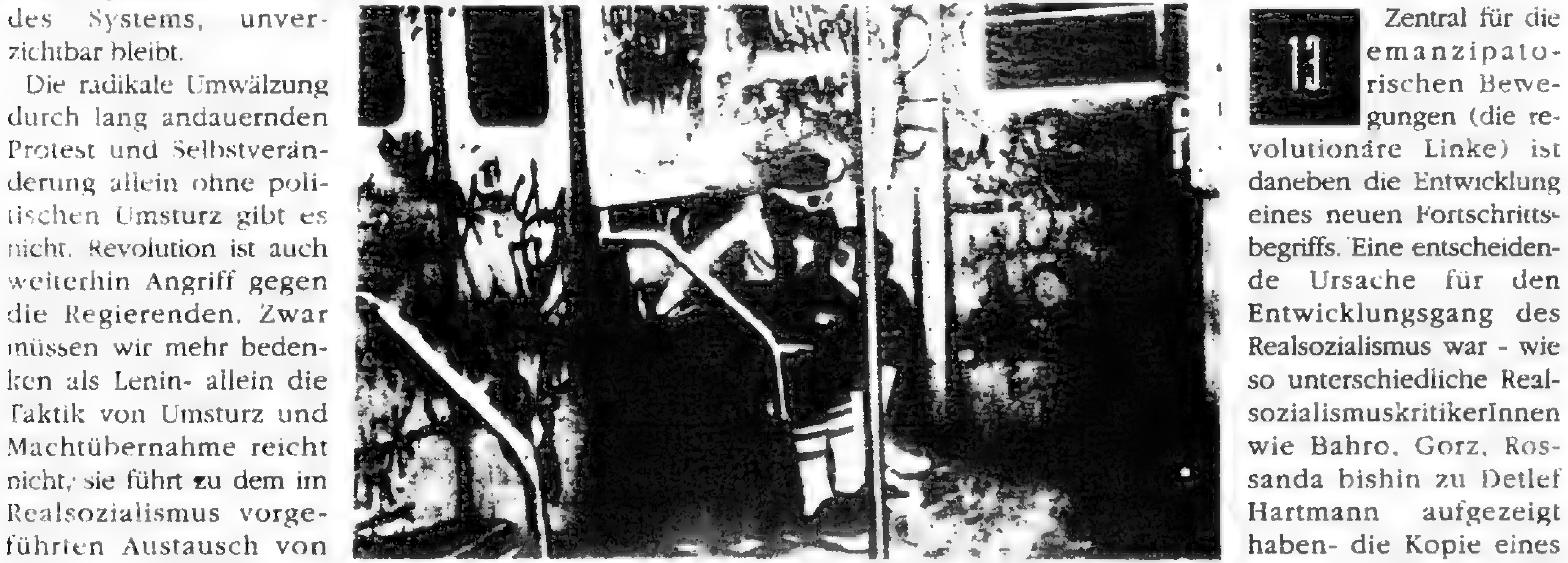
10 Veränderung des Alltags, d.h von Liebe, Sexualität, Arbeit, Kollektivverhalten usw. bedeutet langfristiger Lernprozeß. Ein Dualismus *Schwein oder Mensch* wie ihn der RAF-Militante Holger Meins vor bald

20 Jahren formuliert hat, gaukelt vor, man müsse sich nur entscheiden, auf welcher Seite man steht. Man springt sozusagen vom alten ins neue. Mit der Realität hat die Vorstellung allerdings so gut wie nichts zu tun.

Der unmittelbare Übergang zum *„neuen, guten und kollektivistischen Menschen"* ist eine Illusion und führt als Anspruch geradewegs hinein in die Selbstüberforderung. Unter den bestehenden Verhältnissen von Sozialisierung, gesellschaftlichem Druck, aber vor allem von real bestehenden Machtverhältnissen in Form von Familie, Arbeitsverhältnissen, Staat, Medien und Repressionsinstrumenten können wir nicht,- nur weil wir es wollen-, ganz anders sein. Das ist auch der Grund, warum politische Revolution, also Sturz des Systems, unverzichtbar bleibt.

Die radikale Umwälzung durch lang andauernden Protest und Selbstveränderung allein ohne politischen Umsturz gibt es nicht. Revolution ist auch weiterhin Angriff gegen die Regierenden. Zwar müssen wir mehr bedenken als Lenin- allein die Taktik von Umsturz und Machtübernahme reicht nicht, sie führt zu dem im Realsozialismus vorgeführten Austausch von Eliten-, aber ohne Lenin geht es auch nicht. Ohne Umsturz würde die Geschichte ewig niedergeschlagener Aufstände und kulturell-subversiver Bewegungen (wie das kollektivistische Urchristentum) einfach weitergeschrieben werden. Strategien, die, um der Korrumpiertheit politischer Macht zu entgehen, auf die Selbsttätigkeit von Bewegungen setzen und sich darauf beschränken, die bestehende Gesellschaft zu untergraben, sind daher als Rückfall in die Zeit erfolgloser Aufstandsbewegungen zu betrachten.

11 Revolution ist damit eine Kombination unterschiedlichster Anstrengungen, die sich auf den Alltag genauso erstrecken, wie auf die Gewinnung einer politischen Hegemonie emanzipatorischer Vorstellungen in der Bevölkerung, auf den Aufbau realer Gegenmacht und den immer direkter werdenden Angriff gegen die Machtzentralen der modernen Gesellschaft. Der wesentliche Unterschied zu anderen Revolutionsvorstellungen liegt darin, daß diesem Konzept ein Machtbegriff zugrundeliegt, in dem Gegenmacht eben nicht die Fähigkeit ist, administrativ Veränderungen zu verordnen und diese über große schlagkräftige Organisationen und Apparate umzusetzen, sondern vor allem die unterschiedlichsten Formen von Organisierung aufzubauen, in denen Menschen eigene Entscheidungsprozesse erleben. Die Übernahme des Staatsapparates - die weiterhin notwendig bleibt - wird bedeutungslos, wenn nicht vorher gefestigte Formen von Selbstregierung und Selbstentscheidung entstehen. Eine kollektivierte Produktion z.B läßt sich nicht befehlen. Kollektivierte Produktion kann es nur dann geben, wenn Menschen in einem Organisierungsprozeß gelernt haben, selbst Verantwortung für Planung zu übernehmen. Nur wenn sie in der Lage sind,- wenn sie aber ausreichend Zeit verfügen, politische und wirtschaftliche



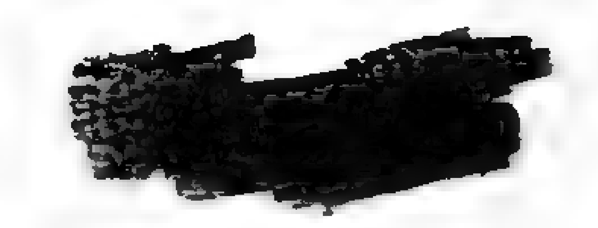
Vorgänge zu begreifen und Verantwortung zu übernehmen-, Entscheidungen selbst zu fällen, kann das Entstehen neuer hierarchischer Arbeitsteiligkeiten verhindert werden. Für Rudolf Bahro bestand (als er noch in der DDR und kein Esotheriker war) der *Schichten*-Charakter der realsozialistischen Staaten (ich würde es Klassencharakter nennen) genau in der Ausgrenzung der Mehrheit aus kreativen, organisierenden und leitenden Tätigkeiten. Weniger Arbeit ist vor diesem Hintergrund, d.h wenn es nicht um mehr Raum für Konsum, sondern um mehr Raum für Bildung, Kreativität und gesellschaftliche Verantwortung geht, eine sinnvolle Forderung.

12 Genauso wie es präventive Konterrevolution gibt, also das System versucht, noch vor dem Ausbruch politischer Widersprüche die Herausbildung bestimmter Organisierungsformen durch Repression und Kanalisierung zu verhindern, gibt es auch so etwas wie *vorbeugende* Revolution. Weit entfernt von jedem Sturz des Systems legen wir mit jeder Organisierungsform, die aus der Systemlogik von Unterwerfung und Konkurrenz ausbricht und sich nicht allmählich mit den Verhältnissen wieder anfreundet (im Gegensatz zu denjenigen Formen alternativen Lebens, die mit ihrer Andersartigkeit das System nicht mehr angreifen, sondern nur noch erweitern- wann das so ist, müßte sich jede Alternativbewegung ständig fragen); eine Grundlage für eine andere Gesellschaft. Daß diese Grundlage jederzeit wieder zusammenfallen kann, ist richtig. Aber auch die politischen Revolutionen, also die Länder mit nachrevolutionären Regierungen können diesen Weg gehen wie die Ostländer gezeigt haben. Unumkehrbar ist weder die subjektive Veränderung noch der gesellschaftliche Umsturz.

13 Zentral für die emanzipatorischen Bewegungen (die revolutionäre Linke) ist daneben die Entwicklung eines neuen Fortschrittsbegriffs. Eine entscheidende Ursache für den Entwicklungsgang des Realsozialismus war - wie so unterschiedliche RealsozialismuskritikerInnen wie Bahro, Gorz, Rossanda bishin zu Detlef Hartmann aufgezeigt haben- die Kopie eines kapitalistischen Akkumulations- und Fortschrittsmodells durch die KPdSU.

Die Bolschewiki setzten ab 1917 auf Modernisierung. Zu einem erheblichen Grad mag sich das aus den Notwendigkeiten Rußlands erklärt haben (der sowjetische Kritiker Eugen Vargas fragt z.B. ob Hitlers Armeen Rußland und Europa nicht für lange Jahrzehnte unterjocht hätten, wenn nicht vorher unter den Bolschewiki eine eigene Rüstungsindustrie aus dem Boden gestampft worden wäre). Aber richtig ist auch, daß den Bolschewiki ein vor allem von der deutschen Sozialdemokratien in den 1890er Jahren entwickeltes, mechanistisches Fortschrittsdenken eigen war, in dem der Sozialismus die Folge der technischen Weiterentwicklung darstellt.

14 Technische Entwicklung und deren Folgen für Arbeitsorganisation, Wissenschaft und Technologie sind aber niemals neutral. Sie tragen - wie der französische Philosoph Andre Gorz sagt- *„das Kainsmal des Kapitalismus"*. D.h ihre Ausformung erklärt sich aus den Verhältnissen der Gesellschaft, aus der sie hervorgeht; im Kapitalismus wären das z.B das Profitinteresse, die Macht-



sicherung politischer Eliten, aber auch die Gegenwehr von Bewegungen, z.B der Gewerkschaften.



Daraus läßt sich nicht ablesen, daß -wie es die Autonomie-Redaktion, Detlef Hartmann oder jetzt die *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* versuchen- jede technische Weiterentwicklung im Kapitalismus bzw. im Realsozialismus *„als technologischer Angriff"* zu interpretieren ist. Fortschritt wird niemals ganz einfach von denkenden Zentralen entworfen und dann durchgeführt, sondern ist ein Prozeß, der sich aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen ergibt. Es mag zwar Planungsbüros geben, aber deren Vollstreckungsmöglichkeit ist ausgesprochen begrenzt. Krisen, technologischer Fortschritt, Umstrukturierung sind deshalb zwar keine Eigengesetzlichkeiten, die herrschaftsfrei oder neutral sich einfach ereignen (und damit von der Linken einfach übernommen werden können), aber sie auch nicht einfach Counter-Insurgency-Angriffe

Technologiekritik ist deshalb nicht das gleiche wie Technologiefeindlichkeit. Es gibt in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte so positive Entwicklungen wie die größeren Bildungsmöglichkeiten und so negative wie die zunehmende Medienmanipulation. Es gibt Medikamente für die meisten, früher tödlichen Krankheiten, aber es gibt auch neue Krankheiten durch Medikamente. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte enthält nach vorne weisendes ebenso, wie mit dem Begriff von Befreiung absolut unvereinbares.



Trotzdem bleibt damit richtig, daß die revolutionäre Linke einen anderen Begriff von Entwicklung und Fortschritt entwerfen muß. Nicht das immer mehr an Konsum müßte das Ziel sein, wie es im Realsozialismus der Fall war, sondern die menschenwürdige Umgestaltung der Verhältnisse. *„Der Sozialismus ist die Unterordnung der Ökonomie unter die Gesellschaft"*, schreibt Polanyi. Für uns müßte das heißen, daß wir bestehende Industrie und Technik nicht einfach kollektiv verwalten. Wir müssen ihren Sinn in Frage stellen und kollektiv überlegen, ob und welchen Nutzen sie für die Gesellschaft besitzen.

Dafür ist es notwendig Kriterien festzulegen, was unserer Meinung nach der Gesellschaft nützt, wenn es eben nicht der zunehmende Konsum ist. Begriffe wie Entfaltungsmöglichkeiten, ökologische Verträglichkeit, Sozialisierung der Entscheidungsmöglichkeiten, Abnahme stupider Arbeit, Grundversorgung der Weltbevölkerung, kultureller Reichtum, Solidarität usw. dürfen nicht die Steckenpferde der Sozialdemokratie sein. Es sind die emanzipatorischen Kriterien, wonach Fortschritt als sinnvoll zu beurteilen ist oder nicht. Es sind die ganz ureigenen Begrifflichkeiten von Befreiungsbewegungen, die sich die Sozialdemokratie oder die Grünen zwar ins Programm schreiben, aber niemals erfüllen können, solange sie sich auf dem Boden des Kapitalismus bewegen.

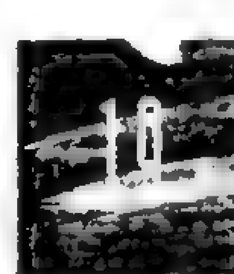


Viele Maßstäbe bisheriger Wirtschaftsordnungen werden dadurch uninteressant. Wachstum ist für eine revolutionäre Bewegung kein Kriterium. Zwar muß jede Gesellschaft sich darüber Gedanken machen, ob sie das, was sie konsumiert auch wirklich herstellt (oder ob sie auf Pump lebt bzw. aus Überausbeutung der Ressourcen), aber die Maßstäbe wie Weltmarktanteil sind für Befreiungsmodelle völlig unbedeutend. Um diese Form anderen Wirtschaftens einmal durchzusetzen, ist es jetzt notwendig, andere Ziele breit im Bewußtsein zu verankern (siehe auch Punkt 7). Nicht vielen wird es einleuchten, wenn eine führende Partei nach einem Regierungsumsturz ganz unerwartet (bisher forderte sie immer mehr Lohn und Konsum) für die nächsten Jahrzehnte den Mangel verkündet, und z.B erklärt Autoproduktion wird abgeschafft, weil sie gesellschaftlich unvertretbar ist, stupide Arbeitsplätze schafft, Ressourcen verschwendet und die Luft verpestet. Die Befreiung der Menschen von der stupiden Arbeit ist nur möglich als gesellschaftliche Einigung über ein neues Zivilisationsmodell. Nur wenn die Mehrheit anerkennt, daß bestimmte, heute normale Bedürfnisse (wie das Auto, der Privatfernseher und die individuelle Stereoanlage) im Grunde genommen Schwachsinn sind, solange Millionen an Hunger verrecken, wird ihr Fehlen nicht mehr als Mangel empfunden.



Bei diesen Bemühungen um neue gesellschaftliche Ziele ergeben sich daraus mindestens 2 Hauptprobleme:

- innerhalb des Kapitalismus (und im Bewußtsein der Menschen noch Jahre über diesen hinaus) werden aus Profitinteressen neue gesellschaftliche Modelle nicht zugelassen werden (zumindest wenn sie dem Profit widersprechen). Die Abschaffung von Produkten, die Scheiß Arbeitsverhältnisse und Gesundheitsschädigung bedeuten (also die meisten), ist kein Akt des Überzeugens der ProduzentInnen und KonsumentInnen. Es ist immer auch ein Gewaltakt. Das einzige, was die Linke tun kann, ist eine politische Mehrheit für diese Veränderungen zu erkämpfen. Die zunehmende Aneignung unserer Vorstellungswelt durch die Werbung und andere kommunikative Fremdbestimmungsformen muß deswegen ein Kernpunkt revolutionärer Bewegung sein. Eine befreite Gesellschaft, eine andere Zivilisation sind nur möglich, wenn herrschende Ideologien wie der Konsumismus durchbrochen werden. Das allein reicht aber nicht. Wenn Überzeugungsarbeit alleine die Gesellschaft verändern würde, dann hätte das Christentum ihre Prinzipien durchgesetzt, und nicht andersherum das römische Reich das Christentum aufgesogen. Veränderungen ohne gewalttätige Brüche gibt es nicht.
- für revolutionäre Bewegungen stellt sich mit dem Antikonsumismus ein Problem. Solange die bestehende Gesellschaft so ist wie sie ist, haben die Unterdrückten ein Anrecht auf Teilhabe. Menschen aus anderen Völkern müssen hier mitkonsumieren dürfen, und die Forderung der MalocherInnen auf mehr Lohn ist mehr als korrekt. Mittelständische Askese ist keine adäquate Antwort auf die Verhältnisse, sondern ein Luxus auf der Grundlage garantierten Reichtums. Die Ablehnung der existierenden Produktions- und Konsumformen bedeutet nicht, auf die Forderung nach gerechter Verteilung der hergestellten Produkte zu verzichten.



Revolutionen haben heute kein eindeutig vorherzubestimmendes Subjekt: weder eine Klasse noch ein Geschlecht oder Volk ist durch die äußeren Bedingungen derart festgelegt, daß es systemoppositionell zusammengeschweißt wird.

Auf der anderen Seite ist es allerdings auch nicht richtig, daß Systemopposition von der Stellung in einem System, von materiellen Privilegien oder Nachteilen unabhängig ist.

Das Problem ist, daß es in modernen Industriegesellschaften keine einfache Polarisierung in *ArbeiterInnen* und *Kapitalisten* gibt. In Wirklichkeit treten verschiedenste und höchst ausdifferenzierte Unterdrückungsformen a[illegible] Bis auf die marginalisierten und mei[illegible] atomisierten Randgruppen ist damit jed[illegible] und jeder in den modernen Industriegesellschaften in unterschiedlicher Weise gleichzeitig positiv und negativ vom System betroffen.

Der immer wichtiger werdende Moment sozialpsychischer Verelendung, also des gesellschaftlichen und kommunikativen

Zerfalls als Folge voranschreitender Durchkapitalisierung des Alltags, ist dagegen subjektiv sehr unterschiedlich erlebbar. In keiner Hinsicht kann man deshalb von der materiellen Bestimmung von Gruppen und Klassen zum revolutionären Subjekt reden. Der autonome Theoretiker Detlef Hartmann hat das in dem Buch *Leben als Sabotage* (1980) ganz passend zusammengefaßt: „*Natürlich ist das historische Subjekt NOTWENDIG durch die Position im Ausbeutungsentwurf der kapitalistischen Verwertung (mit-)bestimmt, aber bei weitem nicht HINREICHEND. Die Subjektivität der Klasse ist nicht aus ihrer Funktion im Kapital begreifbar(...), denn in seiner sozial/technologischen Definition ist sie ja nur Objekt. Gegenstand der Gewaltsamkeit seiner Verwertungsprojekte. Subjekt ist sie nur im Begriff des treibenden, des prozessierenden Widerspruchs, durch den sie ihre Subjektivität im Kampf entfaltet und gegen das Kapital vergesellschaftet. (...) Damit wird der Klassenbegrif nicht falsch, verwendbar allerdings nur noch schablonenhaft als Hülse (...)*". Für andere Unterdrückungsverhältnisse läßt sich ähnliches sagen.

20 Der gesellschaftliche und kommunikative Zerfall ist für die emanzipatorische Bewegung ein Kernproblem. Durch die gesellschaftliche Atomisierung (Gesellschaftlichkeit wird nur noch künstlich vermittelt, d.h über den Markt, die Medien und Systeminstitutionen wie Parteien, Kirchen etc.) wird systemkritische oder gar -oppositionelle Organisierung insgesamt immer unwahrscheinlicher, weil einfach immer weniger Bereitschaft zur Auseinandersetzung miteinander und zur gegenseitigen Verbindlichkeit (das Grundprinzip jeder Organisierung ist es ja individuellen Freiraum für gegenseitige Verpflichtung und Versorgung aufzugeben) besteht.

Wenn jedoch an verschiedenen Fragen trotz geringer gesellschaftlicher Kommunikation *von unten* (d.h unvermittelt über Medien und institutionalisierte Organisationen) Bewegungen zur Durchsetzung einzelner Forderungen entstehen, dann bedingt die Auffächerung der Lebensverhältnisse zwangsläufig zugleich deren Heterogenität.

21 Diese zwangsläufige Vielfalt und Widersprüchlichkeit ist nicht künstlich zu begradigen. Trotzdem bleibt es für jeden revolutionären Prozeß unverzichtbar, daß sich die unterschiedlichen sozialen Gruppen zu einer überschaubaren Zahl von Organisationen zusammenschließen. Nur in dieser Form können emanzipatorische [illegible] in einer Gesellschaft die umfassende Frage nach Veränderung der Verhältnisse stellen.

Diese Organisationen müssen nicht Parteien oder Guerillaorganisationen sein wie bisher, aber sie müssen über den jeweils wahrgenommenen (subjektiv wichtigsten) Widerspruch hinausreichen. Sie müssen sich mit ihrer inneren Heterogenität wieder darum bemühen einen umfassenden Emanzipationsgedanken, ein Menschheitsprojekt zu formulieren, in dem sich der rebellierende Jugendliche, die von der Kleinfamilie geknechtete Frau, der vereinzelte Mensch, der vom Rassismus betroffene und der/die in der Arbeit entnervte ArbeiterIn mit einer gemeinsamen Vision wiederfinden. Zugrunde liegt dem die Idee, daß nur dann Befreiung und menschenwürdiges Leben möglich ist, wenn insgesamt alle Verhältnisse verschwinden, die den Menschen zu einem elenden, geknechteten Wesen machen, wie Marx sinngemäß gesagt hat. Solange eine einzige Gruppe, Klasse oder Geschlecht der Menschheit unterworfen lebt, kann es auch für die anderen (von dieser Unterdrückung nicht Betroffenen) kein menschenwürdiges Leben geben. Das ist meiner Ansicht nach der Kerngedanke von Solidarität und Befreiung, und nur auf seiner Grundlage ist eine Alternative zu bestehenden Gesellschaftsformen möglich.

22 Ein einfaches Bündnis von Bewegungen, die hinsichtlich verschiedener Aspekte (Klassenunterdrückung, Patriarchat, koloniale Ausbeutung, Rassismus, Mensch-Natur-Verhältnis usw.) in Gegnerschaft zum System stehen, reicht nicht aus. Die Regenbogenkoalition, als Bündnis eigenständiger Bewegungen aus GewerkschafterInnen, Schwarzen, Feministinnen und ÖkologInnen, wie sie in den USA und anderswo propagiert wird, kann auch, wenn sie radikal auftritt, nur ein modernisierender Stachel im System sein.

Für eine revolutionäre Umwälzung, die mehr ist als die Modernisierung des Bestehenden (nämlich ein Neuanfang des Menschenwürdigen), ist eine Gesellschaftsalternative notwendig, eine Idee *gemeinsamer Befreiung* und auch (wie oben schon hervorgehoben) der zentrale Angriff auf das Herz des bürgerlichen, rassistischen, patriarchalen Staates. All das erfordert ab einem bestimmten Zeitpunkt die Organisierung über ein lockeres Bündnis hinaus: eine gemeinsame Organisation.



Entgegen organisationsfanatischer wie organisationsfeindlicher Vorstellungen sind politische Organisationen nicht etwa Dinge vom anderen Stern, sondern authentischer Bestandteil der Gesellschaft wie andere Organisierungsformen auch. Um es mit einem etwas blöden Bild zu veranschaulichen: an einer gigantischen Maschine, die an Hunderten von Stellen kaputt ist, und an der an Hunderten von Stellen Menschen Reparaturen für notwendig halten, wird sich - wenn Kommunikation stattfindet - auch Organisierung einstellen. Entweder in kleineren Gruppen, um einen Teilkomplex gemeinsam zu richten, oder, wenn man den Fehler für grundsätzlicher hält, in immer größeren Einheiten. Ein Teil der Reparierenden wird dabei die Meinung vertreten, die Maschine insgesamt auseinander nehmen zu müssen. Daß sich diese Menschen zusammenschließen, ist genauso eine logische Schlußfolgerung wie es die Zusammenarbeit der anderen ist.

Den politischen Organisationen geht damit im positiven wie im negativen Sinne weitgehend ihr Sonderstatus abhanden. Allerdings nicht in einem Punkt: zwar kann an jeder Stelle der Maschine der grundlegende Systemfehler entdeckt werden (d.h die politischen Organisationen haben kein Monopol auf das richtige Bewußtsein) aber zur Demontage und Neuzusammensetzung ist in umfassenderer Form als an Einzelstellen koordiniertes, kollektiv überlegtes, also organisiertes Handeln notwendig. Zumal unsere *Maschine* ja kein passives Objekt ist, daß sich einfach so ohne Widerstand auseinandernehmen und neuzusammenschrauben ließe.

24 Der Begriff der *Authenzität* wie er in autonomen und sozialrevolutionären Diskussionen verwendet worden ist - als Kritik an *nicht- authentischen* Organisationsformen- ist darüberhinaus ein schlechtes Kriterium für politische Beurteilung. So ist die K- Gruppe (sie spiegelt die westdeutsche Linke und eine bestimmte psychische Struktur einer Zeit gut wieder) genauso *authentisch* wie die soziale Bewegung, die Jungnazis in Rostock und die Autonomen.

Entscheidend für die Beurteilung von einer revolutionären Organisation ist ihre emanzipatorische Zielsetzung und darin dann auch, ob sie sich als *organischer Bestandteil* der Gesellschaft begreift oder aber als Fremdkörper. Wenn sie zweites ist, kann sie Umwälzung nur als Zwangsprojekt gegen die Mehrheit begreifen, als verordnete Neustrukturierung, nicht aber als gesellschaftlichen Prozeß der Selbstfindung und Selbstumdeutung.

25 Damit ist angesprochen, daß die Linke (d.h die für-eine-Umwälzung- Lebenden) in stärkerem Maß als in den vergangenen 15 Jahren begreifen muß, daß nur Massen Revolutionen machen können, und daß selbst in Bedingungen, in denen eine revolutionäre Bewegung wie heute in Deutschland auf sehr lange Sicht Minderheit bleiben muß, die Massen ein ganz wesentlicher Bezugspunkt sind. Die Tatsache, daß die Bevölkerungsmehrheit heute individualistisch, konsumistisch, sexistisch und rassistisch auftritt, stellt diesen Satz nicht in Frage. Eine emanzipatorische Bewegung - die Linke - muß darum kämpfen, rechte Hegemonie zu durchbrechen. Sie kann Umwälzung, das eigentliche Kriterium einer emanzipatorischen Bewegung, nur erreichen, indem sie innerhalb der Gesellschaft wächst. Für jede Neubestimmung der Linken halte ich deswegen die Durchsetzung einer *Massenlinie* (womit ich wie schon beschrieben kein unkritisches Verhältnis zur Gesellschaft meine, ganz im Gegenteil) für unabdingbar.

26 Die Linke muß sich von ihren elitaren Traditionen befreien. Sie muß wieder Organisationsformen schaffen, in denen Leute, die gerade erst anfangen sich zu politisieren [illegible] haben. Das bedeutet, daß politis[illegible] Gruppen mit dem Widerspruch leben lernen müssen, daß einerseits sehr erfahrene, andererseits sehr *neue* Leute in der gleichen Gruppen zusammenarbeiten. In diesem Umgang haben gerade die Erfahreneren zu lernen, sich in einer verständlichen Art und Weise auszudrücken, die Kenntnisse der Neuen - auch wenn sie unbeholfen oder naiv ausgedrückt werden, ernst zu nehmen, und erst kurz Organisierten Wissen und Erfahrungen zu vermitteln. Dafür bedarf es eines anderen Begriffs von Lernen. Lernen nicht mehr als Erreichen von theoretischen Spitzenwerten, in denen einzelne für sich oder ihre Kleingruppe *was rausziehen*, sondern als gemeinschaftlicher Prozeß, indem es vor allem um vergesellschaftetes Wissen geht.

27 Abschied von den elitären Traditionen bedeutet außerdem, die Auseinandersetzung mit Menschen außerhalb unserer politischen Strömung, Gruppe oder Organisation geradezu zu suchen, und zwar nicht in Form von Agitation für unsere Ziele, sondern als offene Kommunikation, in der keine Seite Wahrheitsanspruch erheben kann.

Das, was so oft als *Sendungsbewußtsein* diffamiert wird, nämlich der Wunsch, mit mehr Menschen für eine Veränderung einzutreten, ist die Eigenschaft schlechthin des/der RevolutionärIn (so dumm es auch klingt).

Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinne würde eine massive und koordinierte Verankerung in bestehenden Massenorganisationen wie Mietervereinen, Basisgewerkschaften, Jugendgruppen etc. genauso beinhalten wie die Schaffung eigener, wirklich für die Öffentlichkeit bestimmter Räume (z.B nicht szenemäßig aufgemachter Antifa-Cafes), eigener Medien und einer gut geplanten Pressearbeit für die bestehenden, weitgehend gleichgeschalteten Medien.

Vor allem jedoch bedeutet (wie oben bereits kurz angedeutet) die Aufgabe elitärer Traditionen, endlich damit aufzuhören sich von den Lasten dieser Gesellschaft reinwaschen zu wollen. Weder das Abgrenzen vom spießigen Normalo noch das Anklagen des rassistischen Mobs befreit uns davon, Teil dieser Gesellschaft und von der deutschen Kultur als hier lebende Menschen (individuell unterschiedlich stark) geprägt zu sein. Wer hier mehr sein will als der ewig marginale metropolitane Arm anderswo geführter Kämpfe, kann nicht diejenigen, mit denen eine systemoppositionelle Bewegung entstehen müßte, pauschal angreifen. In den sozialen Bewegungen und in Teilen der Antifa ist das immer wieder richtig verstanden worden. Im Diskurs vieler Linker, von Gremliza bis zu den Szene-Autonomen lebt das elitäre Denken allerdings, meiner Ansicht nach, munter fort.

28 Kein linker organisatorischer Zusammenhang könnte von sich heute oder in in der Zukunft behaupten, Avantgarde in der gesellschaftlichen Umwälzung zu sein. Der emanzipatorische Prozeß/die Revolution beinhaltet viel zu viele Aspekte, als daß eine Gruppe in allen führende Kraft sein könnte. Trotzdem kommt den linken Gruppen und Organisationen in diesem Prozeß eine Sonderrolle zu: nämlich bewußt Verantwortung zu übernehmen, zu systematisieren und zu koordinieren.

Der schwierigste und widersprüchlichste Aspekt von notwendiger Verantwortung für einen gesellschaftlichen Prozeß, ist dabei (als normaler Teil einer Gruppe/ der Gesellschaft) immer wieder Initiative zu übernehmen, ohne Entscheidungsprozesse zu bevormunden. Im Endeffekt beinhaltet es, exponierte Rollen anzunehmen und sich dabei trotzdem in jeder Situation hinterfragen zu können. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob einzelne in Gruppen (oder bestimmte Gruppen und Organisationen in der Gesellschaft) Wortführerrollen besitzen, sondern ob man trotz dieser (sich in jedem sozialen Prozeß herausbildenden) Stellung in der Lage ist, sich zurückzuhalten, wenn man als Gruppe oder Person beginnt, unaufhebbare Aktiv- und Passivrollen zu schaffen.

Unterstreichen möchte ich allerdings (weil das meiner Ansicht nach längst nicht allseitiger Konsens ist) , daß die langfristig übernommene Verantwortung eine essentielle Bedingung für jede revolutionäre Entwicklung darstellt. Es gibt keine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Befreiung, ohne daß einzelne Verantwortung übernehmen bzw. man sich darauf vorbereitet. Ob man diese Rolle als Kader, politischen Kern, oder Plumpaquatsch bezeichnet, ist völlig unwesentlich. Tatsache ist, daß in keiner Gruppe alle Menschen die gleiche Initiative besitzen, bzw. sich gleich für ein Projekt entschieden haben. Das Gefälle von Verantwortung Übernehmenden und den eher Passiven ist nie vollständig, sondern nur tendenziell zu überwinden. Es ist Zeit, daß sich die Linke dieser Tatsache stellt. Wenn sie glaubt in einem Organisationsprozeß solchen Phänomen ausweichen zu können, wird sie an ihren Ansprüchen unvermeidbar zerbrechen. Als Alternative bleibt dann nur der Kleinstzusammenhang gleichaltriger, gleichgeschlechtlicher, gleichberuflicher Gleichgesinnter: kurzum einfach nur der Reflex bestehender Atomisierung und Vereinzelung.

29 Die Neuzusammensetzung der Linken ist keine einschienige Angelegenheit. Sie besteht (mindestens) gleichzeitig aus

a) einer gewissen Kontinuität bestehender Praxis,

b) einer theoretischen Diskussion, die über einen organisatorischen Zusammenhang und Lernkonzepte vor allem in die Breite geht, und

c) der Rückkehr in die soziale Realität.

Die Linke muß also die schwierige Aufgabe bewältigen, sich intensiv mit sich selbst auseinandersetzen, ohne sich darüber erneut gesellschaftlich abzusondern (egal ob als Partei oder als Subkultur-Szene). Genauso kompliziert ist es (wie das Leben zeigt) zeitaufwendige theoretische Arbeit und ebenso zeitaufwendige Praxis miteinander zu verbinden. Trotzdem ist unverzichtbar, daß sich jede Gruppe und Person das Ziel setzt, diese Arbeitsteiligkeit von Theorie und Praxis zu überwinden . Wie im einzelnen Prioritäten gesetzt werden (welche Kampagne, Demonstration ist uns so wichtig, daß wir bestimmte Diskussionen aufschieben oder umgekehrt), ist die Entscheidung der unterschiedlichen Gruppen, und sollte

nicht als Vorwurf aneinander formuliert werden (Aktionisten gegen Laberer).

30 Kontinuität zu bewahren heißt einerseits, bestehende Projekte nur nach einer intensiven Prüfung aufzugeben und andererseits nicht an alles die Forderung zu stellen, *neu sein zu müssen*. Ich behaupte, daß es gänzlich unmöglich ist, das allermeiste, was die Linke bisher ausgemacht hat, neu zu erfinden. Eher dürfte es darum gehen, bestehendes neu zu gewichten.

So sind Aktionsformen wie Demonstrationen, Streiks, Mahnwachen, Kampagnen,Happenings, Straßentheater, Straßenschlachten, Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionen genauso wenig durch neues zu ersetzen wie die Organisationsstrukturen Delegation, Rotation, SprecherInnen-Prinzip. Das ganz andere wird nicht eintreten. Die Neubestimmung wird unspektakulär aussehen, und von weiten Teilen der Linken erst im Nachhinein bemerkt werden.

31 Die Neukonstituierung sollte in meinen Augen das Entstehen einer heterogenen, gemischten Organisation beinhalten. Damit ist nicht gemeint, daß eine Neukonstituierung sich hauptsächlich aus dieser Organisationsentwicklung bestimmt noch daß sich diese Organisation einfach gründen ließe. Nur ein allmähliches Ineinanderwachsen von unterschiedlichen Gruppen und Organisationen ermöglicht, daß verschiedene Standpunkte und Sozialisierungen berücksichtigt werden. Dafür wäre es zunächst nötig, eine Struktur für Diskussionen und gemeinsame Arbeitsprojekte zu schaffen. Dies wäre relativ leicht möglich, wenn sich Gruppen, die einen groben Grundkonsens teilen und das Entstehen einer revolutionären Organisation für ein wichtiges Projekt halten, in regelmäßigen Abständen zu Arbeitstreffen zusammenfinden wie das in Bewegungen zu Sachfragen schon lange der Fall ist.

Neben der Bedeutung von Arbeit an einer revolutionären Organisation, steht aber auch fest, daß es andere, wichtige Beiträge auf ganz anderer Ebene geben kann (z.B eine stärker mit den Medien arbeitende Demonstrationspraxis wie bei den GöttingerInnen, eine lange und ehrliche Selbstreflektion der RAF, die Diskussion zum Rassismus, die lobenswerten Theoriebemühungen von Kleinverlagen wie dem ID- Archiv, einer Antifa-Arbeit, die über *gegen Nazis* hinausgeht, MieterInnen, Stadtteil- und gewerkschaftskritische Betriebsarbeit in der ehemaligen DDR oder einer Reorganisierung der bei den Grünen ausgestiegenen Linken in der ökolinker



Die Einheit aller linksradikalen Gruppen ist unmöglich. Es macht keinen Sinn, alle bestehenden Tendenzen zusammenfassen zu wollen. Dabei ist unsere Erfahrung, daß mehr als unterschiedliche Standpunkte die Uneinigkeit über Diskussions- und Arbeitsmethoden eine Rolle spielt. Es ist in der radikalen Linken eine oft zu machende Erfahrung, daß im Grunde genommen bestehender Konsens bei Inhalten deswegen nicht wahrgenommen wird, weil unterschiedliche Politisierungsprozesse und Erfahrungswelten zu einem unterschiedliche Gebrauch von Sprache führen. So wird sich ausgiebig über Begriffe gefetzt, obwohl bei der konkreten Frage weitgehende Übereinstimmung besteht.

Ich glaube, daß unterschiedliche Standpunkte sehr wohl in einer gemeinsamen Struktur Platz haben. Sie müssen es sogar, denn wenn Befreiung etwas sein soll, in dem sich die überwältigende Mehrheit der Menschheit wiederfinden kann, dann müssen auch die Organisationen, die dieses Projekt vorantreiben, heterogen bleiben.

Wenn also z.B bestimmte Organisationscharakteristika in Gruppen oder Strukturen bestehen wie: Verbindlichkeit, Konfliktbereitschaft, Politik als kreative Arbeit und nicht als bloßes Happening, Planung, Koordinierung und Systematisierung. Wenn zweitens eine Bereitschaft besteht, die eigene Position in Frage zu stellen und neues auszuprobieren, und wenn drittens die politische Gruppe und Struktur auch als sozialer Zusammenhang anerkannt ist, dann halte ich eine gemeinsame Arbeit von ÖkosozialistInnen/Ex-Grünen, feministischen Gruppen, Antifas, Antiimps und Autonomen für möglich.

33 Die verschiedenen Kampfformen sind nicht in Frage gestellt, auch nicht der bewaffnete Kampf. Es ist meiner Ansicht nach durchaus möglich, daß (im Gegensatz zur RAF, die im April 1992 geschrieben hat, die heute notwendigen Bewegungen könnten nicht durch Aktionen der Guerilla entstehen) bewaffnete Aktionen massenhafte Organisierung auslösen. Die Existenz ETAs im Baskenland, der FMLN in El Salvador oder der der CGSB in Kolumbien spielt eine wesentliche Rolle dabei, daß der Organisationsgrad in den Bevölkerungen der jeweiligen Länder vergleichsweise hoch ist oder war.

Das stimmt zwar nicht ewig und in bestimmten Momenten können bewaffnete Aktionen Massenaktionen und -organisierung blockieren (in diesem Sinne hätte die RAF recht), aber das Verhältnis ist sehr viel widersprüchlicher als es oft zusammengefaßt wird in Form: der Protagonismus der Guerilla grenzt den der Bevölkerung ein.

Im konkreten Fall im Baskenland beispielsweise hat die Existenz ETAs mehrere positive Auswirkungen:

•ihre Aktionen haben bestimmten Forderungen wie beim Bau des AKWs Lemoiz genug Gewicht gegeben, um den Erfolg der Massenbewegung zu gewährleisten. Durch Erfolgsaussichten jedoch bleibt Organisierung attraktiv und das Gefühl *bringt ja eh nichts* setzt sich nicht vollständig durch. Dieses Argument, auf das auch die RAF abzielt, wenn sie jetzt die Strategie *Durchsetzung konkreter Ziele* in den Mittelpunkt rückt, ist meiner Ansicht nach allerdings nur sehr bedingt richtig. Schließlich können Bewegungen auch ohne Guerilla Erfolge erringen, oft sogar einfacher (weil es für den Staat dann nicht im gleichen Maße ums Prestige geht).

•ETA ist ein Kern, der alle Bewegungen und Initiativen in ihrem Umfeld stabiler macht. Zwar bedeutet die Allgegenwärtigkeit ETAs oft Bevormundung der sozialen Bewegungen, auf der anderen Seite allerdings sehen diese viel weniger lose aus als im Rest des spanischen Staates oder sonst in Westeuropa. ETA übt eine bündelnde Kraft aus, direkt über die Beteiligung Militanter, in den letzten Jahren aber viel häufiger indirekt durch Darstellung des eigenen Standpunkts.

•wirkt sich die Konsequenz ETAs auf moralischer Ebene mobilisierend aus. Die Tatsache, daß Jugendliche bereit sind, für emanzipatorische Ziele, ihr Leben zu riskieren oder in den Knast zu gehen, bringt andere Menschen dazu, auch zu handeln (den Effekt gab und gibt es über die politischen Gefangenen in der BRD ja durchaus auch).

•symbolisiert eine bewaffnete Organisation den radikalen, polaren Widerspruch schlechthin. Es ist im Baskenland sehr viel üblicher als sonstwo auf dem westeuropäischen Kontinent, das bestehende System in Frage zu stellen. Zwar ist ETA wahrscheinlich keineswegs der wichtigste Pfeiler der *Machtalternative*, aber niemand repräsentiert diese in dem Ausmaß wie es die 1959 gegründete Organisation tut. Im Baskenland fällt das Gerede von der *zivilen Gesellschaft* schwer und das ist gut so, solange die Unterdrückungsverhältnisse fortbestehen wie bisher.

34 Die Krise von RAF und RZ stellen den bewaffneten Kampf damit nicht zur Disposition. Das Problem der bewaffneten Linken in der BRD war es meiner Ansicht nach eher, daß sie niemals politisch-

militärische Organisationen wurden. Die RAF zog 1973 in einer wohl eher symbolisch gemeinten Entscheidung (nach dem Motto: kapiert es doch endlich-legal geht hier nichts mehr) ihre politischen Militanten in die Illegalität ab und verbaute sich damit die Möglichkeit einer Vermittlung ihrer Aktionen.

Die RZ dagegen verfolgten ein Organisierungskonzept, das auf Selbstwüchsigkeit baute. Diesem Hoffen auf *Vermassung* fehlte das Verständnis von Lernprozessen: um nicht zur klassischen Avantgarde zu werden, beschränkten sich die RZ darauf, andere zum Nachmachen aufzufordern. Damit allerdings wurde Vermittlung von Erfahrungen zu einer anonymen oder bestenfalls individuellen Angelegenheit. Ein Organisationsmodell, das die Vermittlung von Erfahrungen innerhalb der Struktur und die ständige Kommunikation nach *außen* mit politischen und sozialen Bewegungen nicht gewährleistet, kann aber wiederum nur in Isolation enden. Diese trifft für RAF wie für RZ zu: ersteren fehlte vor allem die Gleichzeitigkeit von politischer und militärischer Arbeit in der Struktur, zweiteren die Bereitschaft oder Fähigkeit, die große Anzahl militanzbereiter Menschen in eine Struktur einzubinden und sie bei ihrem Schritt zu begleiten. Repression ist dafür kein ausreichendes Argument, wenn man berücksichtigt, daß sich auch in anderen Ländern unter oft noch brutalerer Überwachung Guerillamilitante gegenüber *Militanzbereiten* offenbaren und sie in Strukturen einbinden.

35 Die von der RAF in der April-Erklärung (1992) vorgeschlagene stärkere Orientierung an konkreten Erfolgen ist (zumindest als Abkehr vom linksradikalen Maximalismus: wir wollen alles und das jetzt sofort) sinnvoll. Eine Linke, die immer wieder auf den heilsbringenden Tag X verweist, gleicht einer religiösen Sekte. Veränderungen, die tatsächlich eine qualitative Verbesserung der Lebensverhältnisse darstellen (z.B im Bereich Gesundheit) und/oder die das Kampfterrain verbessern (z.B ein liberales Mediengesetz, das den Betrieb freier Radios ermöglicht) sind auch dann sinnvoll, wenn sie das System nicht stürzen und von diesem natürlich auch instrumentell benützt werden (z.B um eine Protestbewegung kalt zu stellen).

36 Der Schwerpunkt Straßenpolitik, d.h der hauptsächliche Ausdruck autonomer Organisierung und Praxis in Form von Demos, Kampagnen und Randale, müßte relativiert werden. Zwar ist es ein wesentliches Kennzeichen radikaler Politik, daß sie sich auf der Straße, also außerinstitutionell ausdrückt, aber trotzdem gibt es andere wichtigere Maßstäbe linken Erfolgs oder Mißerfolgs als spektakuläre Ereignisse wie die Störung des offiziellen 8.November-Fernsehumzugs in Berlin (so geglückt diese auch sein mögen). Die Teilnahme an einen oder mehreren Aktionen bedeutet nämlich in keinster Weise die Übereinstimmung mit einer bestimmten politischen Linie. Gerade bei Randale sind es oft im Normalalltag reaktionäre Positionen vertretende Jugendliche, die ihren Haß gegen die Bullen (nicht mal gegen das System) freien Lauf lassen. Ob das Organisieren spektakulärer Aktionen auf der Straße wirklich Hauptschwerpunkt linker Politik sein sollte, steht damit in Frage (wie viele Papiere haben sich in der autonomen Interim mit Demos auseinandergesetzt wie wenig dagegen mit den Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Wissen in offenen Gruppen?) Das Einbinden von neuen Leuten in einen kontinuierlichen sozialen und organisatorischen Zusammenhang und Lernprozesse in einer Gruppe sind wichtigere, weil stabilere Kriterien für die richtige oder falsche Politik als Highlights.

37 Es ist- so glaube ich- nicht richtig, den Antifa-Kampf zum alles bestimmenden Anliegen der Linken zu machen. Gerade um ein Anwachsen der faschistischen Bewegung zu verhindern, wäre es notwendig, daß die Linke zum Entstehen antikapitalistischer Bewegungen beiträgt und die sozialen Widersprüche wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit bringt.

Antifa ist außerdem keine Anti-Nazi- und auch keine Anti- Nazi&Bullenpolitik. Die politische Organisierungs-und Öffentlichkeitsarbeit und die Wiederaneignung der Geschichte sind wichtigere Aspekte an der heute bestehenden Antifa-Bewegung (die ihre Bedeutung vor allem dadurch besitzt, daß sich in ihr extrem viele Jugendliche zum ersten Mal in ihrem Leben unabhängig organisieren).

38 Um eine internationalistische Position einzunehmen, muß die Linke in der BRD stärker als in den letzten Jahren ihren eigenen Kampf wichtig nehmen. Unterstützungsarbeit für andere Kämpfe zu leisten, ohne dabei durch Beteiligung an Diskussionen zu profitieren- wie es bei der klassischen Soli-Arbeit der Fall ist- , ist perspektivlos. Internationalismus beinhaltet eine revolutionäre Praxis im eigenen Land zu besitzen und von dieser Position aus, gleichberechtigt, d.h konfliktbereit mit Organisationen anderer Länder zusammenzuarbeiten. Es ist auch falsch von ausländischen Organisationen das nicht einzufordern, was man bei allen anderen Gruppen in der BRD verlangt, - daß man nämlich Meinungsverschiedenheiten diskutieren darf. Ohne Kritik an ausländischen Menschen und Gruppen betreibt die Linke Paternalismus, nicht Internationalismus.

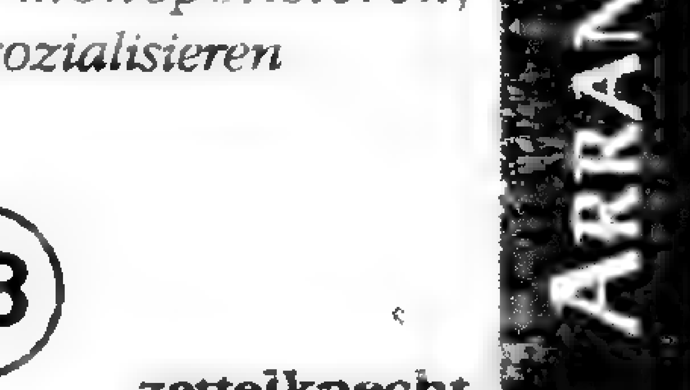
Zusammengfaßt halte ich deswegen 4 Kriterien für essentiell bei einer Neuzusammensetzung der Linken:

- linke Politik muß stärker versuchen, gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen und sich an die Öffentlichkeit, an die anderen hier lebenden Menschen zu richten

- die organisatorischen Strukturen müssen soziale Lernprozesse fördern und die Einbindung neuer Menschen ermöglichen

- ein im obengenannten Sinne technologiekritischer, nicht technologiefeindlicher Standpunkt

- das strategische Ziel, Selbstregierungs-formen aufzubauen, d.h Macht nicht als Organisation oder Bewegung zu monopolisieren, sondern zu sozialisieren







zensurmaßnahmen, anhalteverfügungen und auch eine partielle vorenthaltung von informationen aus frei zugänglichen quellen und/oder aus privater korrespondenz, schränkt die informationsfreiheit und die damit verbundene selbstbestimmte kommunikation ein. durch diese tägliche willkürmaßnahme einiger knäste ist das grundrecht auf informations- und pressefreiheit verletzt.
wir müssen uns verstärkt gegen diese staatlichen restriktionen jetzt wehren, damit die maßnahmen nicht ins uferlose geraten. knäste wie z.b. straubing halten bereits eine solidarisierung als sicherheitsgefährdend wenn in der taz artikel zur freilassung der haftunfähigen geisel bernd rössner zu finden sind. der knastapparat beschlagnahmt in diesem fall gleich die ganze "knastseite" der taz.

die knastleitung in braunschweig und das dortige landgericht halten die rote-hilfe-zeitung weiterhin für vollzugswidrig und händigen diese dem gefangenen dort nicht aus. eine begründung findet sich nicht. es heißt lediglich, daß das "druckwerk vollzugsfeindlich" sei, es ist daher anzuhalten. aus der geschichte ist unlängst bekannt, daß herrschende das gesetz immer zugunsten der herrschenden klasse auslegen.

kommunikation ist leben!! ohne kommunikation, ohne freie kommunikation ist ein selbstbestimmtes freiheitliches leben nicht möglich. wir müssen uns mit vereinten kräften gegen die knastzensur wenden, damit dies nicht weiter ausgelegt wird - morgen können es eure briefe sein!!! auch im rahmen der sogenannten zl-kampagne ist zensur ein thema!! was nutzt eine große gruppe ohne kommunikation? nichts!!! das thema darf daher nicht im sande verlaufen, sondern muß systematisch mit allen gruppen aufgearbeitet werden. es ist ein elementares thema, das nicht aufgrund fehlender "masse" fallen gelassen werden kann. laßt uns die knaststrategen ausschalten, indem übermäßig sendungen verschickt werden.
um ein zitat von marx zu gebrauchen: "krieg den zuständen"

wir fordern:

- freie und uneingeschränkte kommunikation
- keine zensurmaßnahmen bei post von briefen und zeitungen pp.
- freie, unter den gefangenen statfindende kommunikation ohne zensur
- zusammenlegung aus raf und widerstand und allen, die dies wünschen

ideen und aktionsmaßnahmen bitte senden an:
thomas kraemer, postfach 1204, 4156 willich 2

MITTEILUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT ZUR ERMORDUNG KERSTIN WINTER

Presseerklärung

Vor bald drei Wochen wurde Kerstin in Freiburg ermordet.
Fast ebenso lange "ermittelt" eine ca. 20-köpfige Sonderermittlungsgruppe (SEG) des Landeskriminalamtes (LKA) Baden Württemberg. Das Ergebnis: Irrationale Konstrukte zu Lasten völlig Unschuldiger und kein der Aufklärung dienender Ansatz.
Dies ist weder ein Wunder noch ein Zufall.

Das LKA kann nur b e w u ß t falsch ermittelt haben.

Seit Beginn wurde in verschiedenen Richtungen gearbeitet. Richtig. In alle Richtungen, nur nicht in die rechtsextremer und politischer Zusammenhänge. Nicht erst jetzt zeigt es sich, daß der vom LKA nicht eingeschlagene Weg der einzig aufklärerische gewesen wäre und ist. Mehr als Hinweise waren dazu von Anfang an vorhanden. Spätere Nachweise zu rechtsextremen Zusammenhängen mit Namen hatte das LKA geradezu dazu gezwungen, nach einer politischen Motivlage hin zu ermitteln. Das LKA muß einen Handlungsbedarf erkannt, aber bewußt dazu nicht ermittelt haben. Das LKA versucht, einen politischen Mord aktiv zu vertuschen.

Das LKA versucht, persönlichste Sphären nach Volkszählungsart auszuhorchen.

Seit Beginn wird unter dem Vorwand einer Ermittlungspflicht versucht, das persönliche und politische nahe und ferne Umfeld Kerstins methodisch zu erfassen. Es fehlt hier jeglicher nachvollziehbarer Zusammenhang zum Mord an Kerstin. Der Umfang der Vernehmungen und Beschattungen im sog. "Umfeld und Kontaktbereich" Kerstins geht trotz gründlicher Widerlegung der "Theorie: persönliche Gründe" unvermindert weiter und hat längst Volkszählungscharakter erreicht. Es ist nicht auszuschließen, daß diese "Theorie" eine weitere Person treffen soll.
Eine solche Wiederholung muß verhindert werden.

Die SEG kontrolliert sich selbst.

Die Festnahme von Kerstins Freund war eine politische Entscheidung gewesen.
Es ist nachvollziehbar, weshalb die SEG allein nach "links" ermittelt. So ist der Chef der SEG in Freiburg bekannt. Er war vor Jahren noch federführend tätig bei der Bekämpfung des damals noch illegalen freien Regionalsenders Radio Dreyeckland. Auch die weitere Besetzung der SEG belegt, daß von vornherein der zu beschreitende Weg der gegen "links" sein sollte. Wir fordern die Offenlegung der personellen und funktionellen Zusammensetzung der SEG, sowie der angeordneten (Nicht) Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Freiburg, sowie deren Verbindung zu neofaschistischen Personen und Gruppen in und um Freiburg. Die SEG des LKA als Aufklärungsverhinderer ist von einer von Dritten kontrollierten Ermittlungsgruppe abzulösen.

Die Verantwortlichen für die politischen Direktiven sind benennbar.

Jeder Hinweis aus dem "Kontaktbereich" Kerstins auf eine naheliegende Täterschaft in rechtsextremen Zusammenhängen wird von den "Ermittlern" schnellstens abgebügelt. Diese arbeiten auf Weisung von LKA und Staatsanwaltschaft. Das LKA arbeitet - nach eigenen Angaben - in engster Zusammenarbeit mit Oberstaatsanwalt Fluck. Der Chef der Abteilung "Staatsschutz und Terrorismus" beim LKA Stuttgart, Bortz, hat - auch in der Öffentlichkeit - von vornherein einen rechtsextremen Zusammenhang verneint. Auch er ist mit sofortiger Wirkung zu suspendieren.
Etwas Licht in dieses Dunkel könnte eine parlamentarische Untersuchungskommission mit weitreichenden Befugnissen bringen. (Eine parlamentarische Anfrage wird vorbereitet.)

Was veranlaßt nicht nur die Info-Gruppe, einen politischen Mord zu erkennen?

- zumindest das ein Exemplar der örtlichen Zeitung v. 13.6.92 (mit einem Artikel zur AZ Initiative), in die die Bombe eingelegt war
- die tatsächliche verbale Morddrohung gegen Kerstin von "Faschos"
- die Tatsache, daß sich seit Freitag, 22.1.93, SS-Runen an der Fahrstuhltüre im Erdgeschoß des Hauses Ferd.-Weiß-Str. incl. einer Schrift

(Edding) befinden
- das offene Auftreten von Kerstin gegen "Faschos"
- Zeugenaussagen aus verschiedenen Umfeldern kommen als erstes auf "Faschos"
- Erkenntnisse von Organisationszusammenhängen und deren Kenntnis, Bomben zu bauen
- Erkenntnisse von Namen, Aufenthalte, Äußerungen und Aktivitätenusw.

Da das LKA die Öffentlichkeit bewußt in die Irre führt, fordern wir diese dazu auf, auf eine den Tatsachen gerecht werdende Ermittlung hinzuwirken, die zur, vor allem von uns dringendst gewünschten Aufklärung beiträgt.

IGK (Info-Gruppe Kerstin) *9.2.93*

PS: Ein Reader ist in Vorbereitung

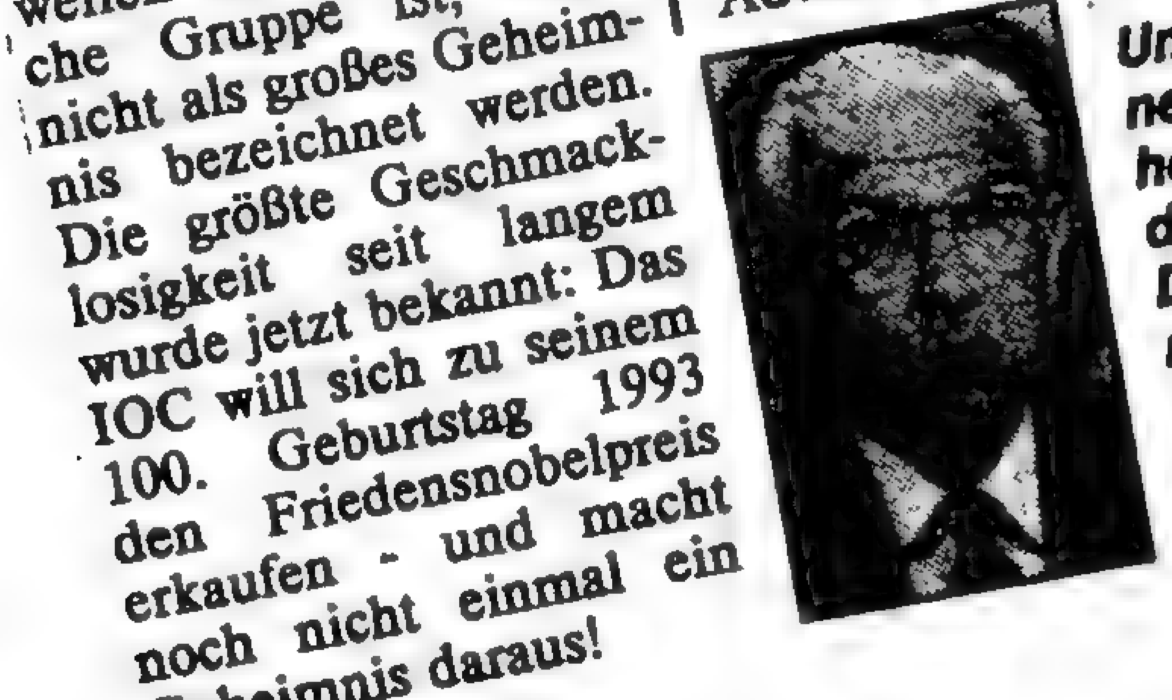
Peinlicher geht's nicht

IOC will sich Friedensnobelpreis erkaufen

Oslo - Daß das Internationale Olympische Komitee (IOC) eine bisweilen recht selbstherrliche Gruppe ist, kann nicht als großes Geheimnis bezeichnet werden. Die größte Geschmacklosigkeit seit langem wurde jetzt bekannt: Das IOC will sich zu seinem 100. Geburtstag 1993 den Friedensnobelpreis erkaufen - und macht noch nicht einmal ein Geheimnis daraus!

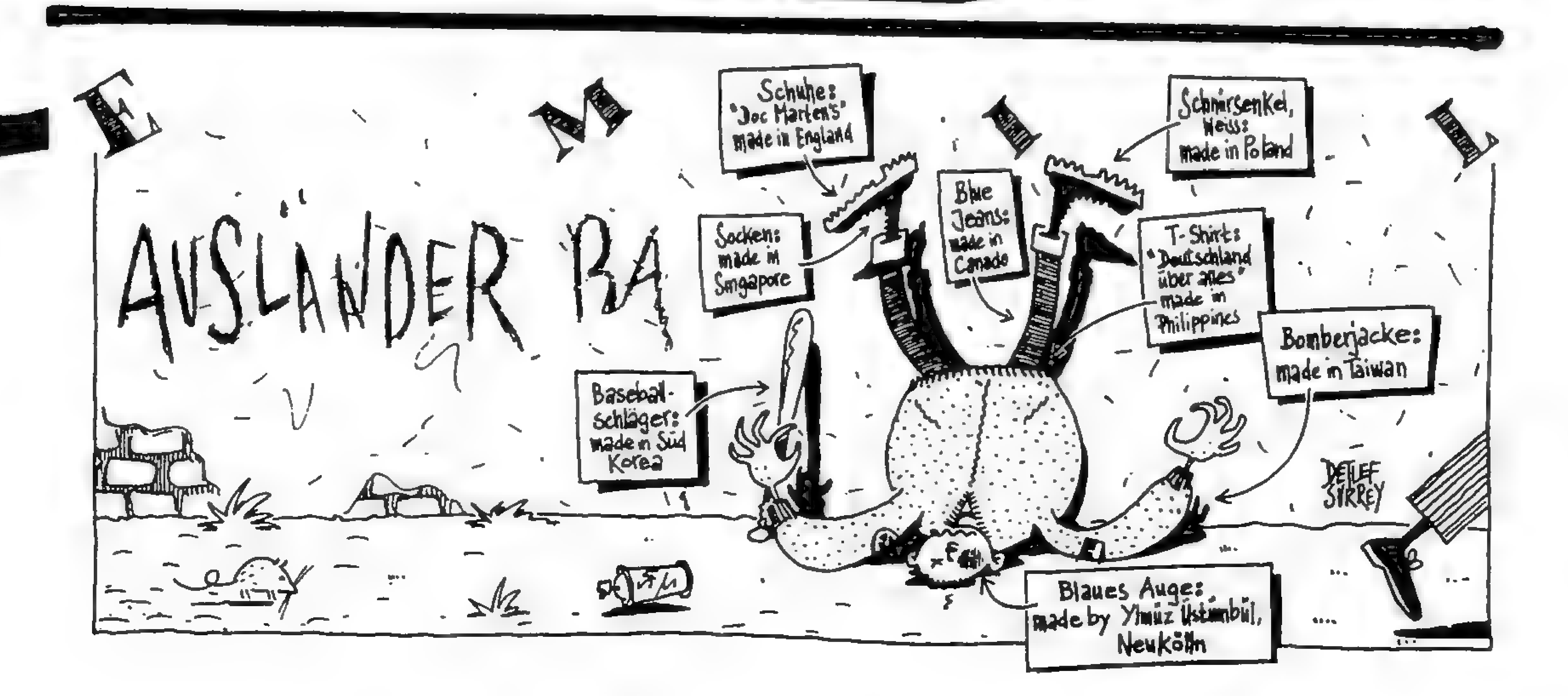
Sprecherin Michele Verdier bestätigte in Lausanne, daß das IOC 1991 in Birmingham mit der Werbeagentur „Grey Advertising" einen diesbezüglichen Vertrag geschlossen hat. Das norwegische Nobelkomitee - sonst verschwiegen wie ein Grab - reagierte auf den Affront. Aber nicht empört oder entsetzt, sondern belustigt. Hanna Kvanmo, eines von fünf Mitgliedern: „Lächerlich." Und Norwegens Ex-Ministerpräsident Odvar Nordli: „Ziemlich heftig für meinen Geschmack."

Die Erfolgschance für das IOC dürfte damit unter den Nullpunkt gerutscht sein. Sie war aber auch vorher nicht gerade übermäßig groß. „Es wäre ein Hohn, das IOC, eine Organisation selbsternannter Bonzen mit dem ehemaligen Franco-Gefolgsmann Samaranch an der Spitze, auszuzeichnen", betont Norwegens Parlaments-Mitglied Aud-Inger Aure. Merke: Der Fettnapf lauert überall.



Umstrittener Alleinherrscher des IOC: Der Spanier Juan Antonio Samaranch

KURIER 4.2.93





KOB

SCHREIBEN AN DIE INTERIM

Über das KOB werden Urteile gefällt, Geschichten und Nachrichten aus zweiter und dritter Hand machen die Runde und Vorwürfe tauchen auf. Alles zusammengenommen ist uns jetzt Anlaß, über die spektakulären Aktionen hinaus einmal mehr unser eigentliches politisches Anliegen nach außen zu tragen und uns zudem zu den Punkten zu erklären, die als Kritiken aufkamen, teils berechtigt, teils auf verschobene Bilder zurückzuführen, die wir nach dem vorläufigen Ende der Debatte, auch aus einem notwendigen zeitlichen Abstand heraus, gerne geraderücken wollen.

Das KOB entstammt der INITIATIVE KREUZBERGER BÜNDNIS, die sich nach Gesprächen mehrerer in Kreuzberg politisch aktiven Personen im Spätherbst´91 zusammenfand. Vorstellung und Ziel der Initiatoren war die Schaffung eines Gremiums, in dem sich möglichst viele Kreuzberger Gruppen, Initiativen und Betroffenenorganisationen gleichberechtigt einbringen sollten. Das Einbinden von Einzelpersonen war ebenso vorgesehen wie die punktuelle Zusammenarbeit mit Basisgruppen von Parteien, sofern sie sich den Prinzipien des gemeinsamen Gremiums - Selbstorganisierung statt Vertreterpolitik und imperatives Mandat - unterzuordnen bereit zeigten. Das Gremium, der sogenannte KIEZ-TISCH, sollte der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) quasi als "Gegenparlament" gegenübergestellt, Kiez-Politik wieder unabhängig und selbstbestimmt organisiert werden.

Nach vielen Gesprächen blieben am Ende nur wenige Gruppen, die schließlich vereinbarten, langfristig politisch zusammenzuarbeiten und gemeinsam Widerstand gegen die massive Verdrängung und soziale Verelendung eines großen Teils der Bevölkerung Kreuzbergs, aber auch regional übergreifend gegen die zunehmende faschistische Gewalt aufzubauen und zu leisten. Unsere Wahlplattform, viele Flugis und zwei Wahlkampfzeitungen bezogen sich darüber hinaus immer wieder auf den KIEZ-TISCH. Auch wenn er kurzfristig nicht etabliert werden konnte, so blieb doch die Hoffnung, mit dem Start des Projekts KOB eine Initialzündung auszulösen, andere Gruppen dadurch zur Mitarbeit zu bewegen und gemeinsam ein Zeichen zu setzen gegen Parteienherrlichkeit und Parlamentschauvinismus.

Als das KREUZBERGER BÜNDNIS - OPPOSITION VON UNTEN (KOB) im April´92 aus der Taufe gehoben wurde, war es also ein schmales Bündnis aus (Ex-) Grünen/AL, (EX-) PDSlern und anderen sich links und revolutionär verstehenden Menschen. Nach der Erfahrung, daß die "Bündnispolitik" auch sogenannter linker Parteien auf Parteienegoismus, auf Machtzuwachs orientiertem Abzocken beruht, bezog das KOB einen konsequent antiparteilichen Standpunkt, der eine Zusammenarbeit mit Parteien nun generell ausschließt.

Der Entscheidung, als Wählergemeinschaft an den Wahlen zur BVV´92 teilzunehmen, lag eine Hoffnung darauf zugrunde, über die in Wahlkampfzeiten erhöhte Politisierung der Bevölkerung für unsere Inhalte und für das Projekt KIEZ-TISCH zu werben. Eine trügerische Hoffnung, wie sich sehr bald erwies. Es gelang uns nicht, weitere Gruppen als Bündnispartner zu gewinnen und das Wahlergebnis war für viele von uns enttäuschend. Aber wer hätte in diesem Wahlkampf schon Prognosen gewagt. Die BVV-Wahl brachte manche Überraschung mit sich, nur eine nicht: Die Faschisten waren erwartungsgemäß stärker in den BVVen vertreten. Die Angst, den Faschisten die Parlamente zu überlassen, und seien sie auch noch so unbedeutend und kompetenzlos wie die BVVen, und selbst abseits zu stehen auf einer Straße, die weitgehend von Faschos und Bullen beherrscht wird, diese Angst war auch vertreten in den Argumenten, die uns damals zu den Wahlen antreten ließ.

Nach dem Wahlkampf verließen einzelne Mitglieder das KOB, die Verbliebenen machten sich an das, was vorher vereinbart worden war: an eine langfristige politische Zusammenarbeit. Wir stellten weitere Verbindungen zu anderen Gruppen her, brachten uns in verschiedene Projekte ein und begannen damit, eigene Projekte zu entwickeln. Über die Mitarbeit in anderen Gruppen und mittels der eigenen Projekte soll Vertrauen geschaffen, die Bereitschaft zur kontinuierlichen Zusammenarbeit und breiteren Organisierung weiter entwickelt und in politische Relevanz verwandelt werden.

Eins unserer Projekte war das EINHEIZ-FESTIVAL am 2.10.92 in der Freilichtbühne Wuhlheide. Auch hier war die Grundlage: Immer wieder die gemeinsame Arbeit und die Aktion mit anderen Gruppen zu suchen, Kontinuität in der Zusammenarbeit herstellen, Perspektiven und Potenzen zu entwickeln. So gesehen war das EINHEIZ-FESTIVAL nur ein bescheidener Erfolg. Das eigentliche Festival, die politische Manifestation hätte nur von vielen Gruppen gemeinsam erstritten werden können. Vielen war es aber lieber, die Veranstaltung zu konsumieren. Zwar haben sich gegen Ende der Vorbereitungszeit gerade noch ausreichend Leute und Gruppen eingebracht, um wenigstens den organisatorischen Rahmen der Veranstaltung einigermaßen abzusichern. Darüber hinaus jedoch ging nichts mehr. Obwohl das Festival als Benefiz einen ansehlichen Betrag für die Antifa einbringen sollte, blieb zuletzt nur ein dickes Minus.

Handfeste Argumente gegen Sprücheklopfer

"Kommt doch runter, wenn Ihr Euch traut", war die heldenhafte Reaktion des autonomen Antifablocks auf provokative faschistische Äußerungen von drei jungen Männern während der Demo am 30. 1. anläßlich der Machtübergabe an Hitler vor 60 Jahren.
Weniger heldenhaft, dafür aber womöglich eindrucksvoller waren die Argumente von uns.
Eine Woche später entglasten wir genau jenes Fenster der Grotewohlstraße, aus dem am Tag der Demo das faschistische Gelaber auf die Demonstranten heruntersabberte.

Schwarzrote Sherriffs

Die Kalkulation war so angelegt, daß jede(r) zu einem erschwinglichen Preis an der Veranstaltung teilnehmen konnte und war auf Beschiss nicht vorbereitet. Etwa 2.000 Leute waren trotz erklärtem Benefiz-Charakter über die Zäune geklettert oder wurden von manchen Sicherheitsleuten gegen ein Entgeld eingeschleust. Aber auch in den eigenen Reihen gab es Unregelmäßigkeiten. Andere Dinge, wie das unglückliche Riesentranspi über der Bühne oder die bedauerlichen Äußerungen übers Mikro und aus dem Publikum sind ärgerlich, auf einer solchen Veranstaltung aber nur schwer vermeidbar. Letztlich sind keine größeren Probleme aufgetaucht und rund 7.000 Menschen konnten bei herrlichstem Wetter erstklassige Konzerte erleben.

Die Mobilisierung nach Schwerin, die parallel zu den Vorbereitungen zum EINHEIZ-FESTIVAL lief, ließ uns erstmals den äußeren Rand unserer Leistungsfähigkeit erkennen und wir waren froh, zumindest auf einen Teil verläßlicher Struktur zurückgreifen zu können. Sonst wäre in Schwerin wohl schlimmeres passiert. Mit allen Beteiligten gelang es uns, in den übel stinkenden Einheits-Brei zu spucken. Dieser kleine Erfolg wurde teuer bezahlt, aber die Begeisterung und Entschlossenheit fast aller Besuchergruppen spornte an und ließ waghalsige Aktionen zu, die von allen getragen wurden. Erkennbar war aber auch, daß es nicht ausreicht, gute Ideen weiterzugeben, in der Hoffnung, sie würden nur aufgegriffen und in konkrete Tat umgesetzt werden. Genau dies ist aber der Punkt, an den wir gelangen wollen: Ein Ideenwettbewerb der Gruppen und ein Mitziehen aller.

Die Fehler von Schwerin wiederholten sich in der Vorbereitung der Berliner Antifa-Demo am 5. Dezember. Die Kritiken sind angekommen und werden in alle weiteren Überlegungen mit einbezogen.

Trotz allem wollen wir nicht vergessen, daß die Umstrukturierung der Hauptstadt unerbittlich fortschreitet und damit auch die beschriebenen Konsequenzen. Olympia 2000 ist ein gutes Stück weitergekommen und in wenigen Jahren braust der Autoverkehr egal wievielspurig über die Oberbaumbrücke. Täglich sterben Strukturen im Kiez und viele KreuzbergerINNEN fragen sich, wann ihnen der Rausschmiß droht und ihre Existenz und die ihrer Familien endgültig vernichtet ist. Der alltägliche Faschismus hat sich bis hin zur Verfassungsänderung durchgekämpft und wir stehen immer noch da und haben nichts entgegenzusetzen.

Für die Zukunft wird es wichtig und entscheidend sein, ob es gelingt, einen größeren Zusammenhang zu bilden, der genügend Kraft hat, breiten gesellschaftlich Widerstand zu entfalten. Unsere Politik ist daraufhin ausgerichtet und lebt von der Aussicht, daß die Möglichkeit hierzu noch immer besteht.

KREUZBERGER BÜNDNIS
Opposition von Unten
Januar 1993

Hallo Leute !

Nach unserem Flugi zur Razzia im "Fabrikschloß" hier nun Infos zum momentanen Stand der Dinge:

- die Verteilung der Lebensmittelpakete läuft inzwischen widerstandslos, da die Leute wie erwartet vom Vorgehen der Bullen sehr geschockt sind. Die Lebensmittelpakete werden zwar abgeholt, das Essen vergammelt zum Großteil aber, während viele sich ihr Essen anderweitig besorgen.

- inzwischen hat sich die Qualität der Lebensmittelpakete verbessert. Die Flüchtlinge haben mittlerweile über Listen die Möglichkeit, den Inhalt ihres Pakets mitzubestimmen. Unsinnige Paketinhalte, wie zum Beispiel 1 kg Zucker und 500 g Margarine wöchentlich, kommen momentan nicht mehr vor.

- von den monatlich 100 DM Taschengeld , die die Flüchtlinge neben dem Lebensmittelpaket erhalten, werden ihnen nur 90 DM ausbezahlt, da 10 DM monatlich als "Kontoführungsgebühren" für ein Konto, daß sie zwangsweise eröffnen mußten, zu entrichten sind.

- um die eingefahrenen Flüchlinge im Knast zu unterstützen, gab es am 23.11. eine Demo vor dem Knast mit 30 Menschen aus antifaschistischen, kurdischen und türkischen Zusammenhängen, was uns sehr gefreut hat. Die Presse hat uns in ihrer Kurzmeldung zu "Asylanten", die demonstrieren, gemacht, um zu verschleiern, daß es für die Flüchtlinge Solidarität außerhalb des Lagers gibt (s. Pressespiegel).

- einer der Flüchtlinge, der wegen des Verdachts auf Besitz von 160 g Rohopium für 6 Wochen inhaftiert war, wurde am 28.12.92 wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem die Haftgründe weggefallen waren.

- das gefundene "Rauschgift" hat sich nach neusten Angaben der Staatsanwaltschaft Augsburg und nach 8-wöchiger Untersuchung wahrscheinlich des LKAs, als Schokolade herausgestellt (erste Meldung). Mittlerweile wird die Schokolade als " nicht identifizierbare Substanz" gehandelt.

- dazu fand am 21.1.93 in München eine Pressekonferenz mit RA Hartmut Wächtler aus München, Elisabeth Köhler, MdL asylpolitische Sprecherin der Grünen im bayrischen Landtag und uns statt. Unsere Stellungnahme und nähere Informationen findet ihr auf dem beiliegenden Flugblatt.

Meldet euch doch bei Rückfragen unter der Adresse:
EA Infoladen Uferlos
Konrad-Adenauer-Allee 21
8900 Augsburg

Liebe Grüße
Solidaritätsgruppe Proviantbachstr. Augsburg



Presseerklärung

Diese Presseerklärung wurde notwendig, weil Herr A. bis zum 28.12.92 6 Wochen wegen angeblichem Drogenhandels in Untersuchungshaft verbrachte, wobei sich das gefundene "Rauschgift" nun als "nicht identifizierbare Masse" herausgestellt hat.

Wir sehen darin nicht nur einen juristischen, sondern auch einen politischen Skandal.

Dieser Teil der Erklärungen beschäftigt sich mit den Umständen von Herrn A.'s Festnahme und ihren Hintergründen und Konsequenzen.

Herr A. ist Asylbewerber und wurde am 12.11.92 im Rahmen der Polizeirazzia im Augsburger Flüchtlingsheim "Proviantbachstraße" festgenommen.
Diese Polizeiaktion wurde geplant und durchgeführt mit dem Zweck, den seit Tagen andauernden Boykott der Flüchtlinge gegen die neueingeführten Essenspakete zu zerschlagen.
Die ohnehin schon aufgeheizte Asyldebatte wurde dadurch noch weiter verschärft und die feindselige Stimmung gegen Flüchtlinge in Deutschland und insbesondere in Augsburg weiter geschürt. Die Razzia bedeutet damit auch eine eindeutige Einflußnahme auf den Entscheidungsfindungsprozeß in den politischen Parteien zum sogenannten Asylkompromiß.

Aus unserer Sicht stellen sich die Ereignisse wie folgt dar:

- Herr A., einer der wenigen Flüchtlinge aus der Proviantbachstraße mit Kontakten zur Bevölkerung, hatte im Zusammenhang mit der Einführung der Essenspakete den Kontakt zu UnterstützerInnengruppen hergestellt und unter anderem dafür gesorgt, daß ein Essenspaket zur Ausstellung bei einer Anfang November stattfindenden Demonstration in Augsburg zur Verfügung gestellt wurde.

- Herr A., dessen Rolle bekannt war, hatte sich nichts Gerichtsverwertbares zuschulden kommen lassen, sollte aber als vermeintlicher "Kopf" der Proteste aus dem Verkehr gezogen werden. Dazu bot die Razzia eine willkommene Gelegenheit.

- Abgesehen davon, daß Herr A. als gläubiger Zeuge Jehovas Drogen an sich ablehnt, machte uns schon bei seiner Festnahme einiges stutzig:

  - Die angeblichen Drogen befanden sich zwar in dem ihm zugeteilten Container Nr. 49, es war jedoch bekannt, daß er bereits seit Wochen in einem anderen Container lebte.

  - Der im Container Nr. 49 verbliebene Flüchtling, der zum Zeitpunkt der Razzia dort anwesend war, wurde nicht behelligt, wohingegen Herr A. aus dem Container Nr. 45 heraus, in den er umgezogen war, sofort gezielt festgenommen wurde.

Zum weiteren Fortgang des Ermittlungsverfahrens, insbesondere die Versäumnisse der Ermittlungsbehörden, ob nun Zufall oder Absicht, verweisen wir auf die Ausführungen von Herrn Wächtler.

Zusammenfassend gibt es zur Begründung der Polizeirazzia vom 12.11. folgendes zu sagen:

- **Zum Verdacht auf Nötigung gegen einzelne Flüchtlinge** (8 Männer halten 1500 andere von der Abholung ihrer Essenspakete ab): Dieser wurde in den folgenden Tagen von der Staatsanwaltschaft fallengelassen, da solche Vorwürfe nicht haltbar waren.

- **Zum Verdacht auf Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz:** Es wurde ein Illegaler unter 1500 legalen Flüchtlingen entdeckt.

- **Zum Verdacht auf massenweisen Sozialhilfebetrug:** Es wurde laut eines einzelnen Presseberichts eine Person mit doppelter Sozialhilfe unter 1500 Flüchtlingen entdeckt.

- **Zum Verdacht auf Hehlerei:** Die Existenz von Hehlerware konnte nicht nachgewiesen werden.

- **Zum Verdacht auf Verstöße gegen das BtmG:** Gegen einen Mann wird wegen des Besitzes von wenigen Gramm Haschisch ermittelt. Herr A. saß wegen 160 g nicht existentem Rohopium 6 Wochen in U-Haft

- **Zum Verdacht auf verbotenen Waffenbesitz:** Ein japanisches Würgeholz war die einzige Waffe, die gefunden wurde. Vereinzelt vorgefundene Knüppel sind angesichts der Bedrohung, unter der diese Menschen leben müssen, als Selbstschutzmittel nur allzu verständlich.

Man stelle sich vor, wieviele Waffen und Drogen bei einer ähnlichen Polizeiaktion in den Wohnungen von 1500 jungen Deutschen gefunden, bzw. wieviele Verstöße gegen andere Gesetze dabei entdeckt worden wären.

Zusammengefaßt bedeutet dies: die Begründungen der Großrazzia waren eine Ansammlung ungerechtfertigter, von Vorurteilen bestimmter Verdachtsmomente. In dieser Hinsicht brachte die Aktion **keinerlei Ergebnisse !**

Angesichts der Tatsache, daß die Polizei bundesweit offensichtlich nicht in der Lage ist, Flüchtlingsheime zu schützen, ist es geradezu zynisch, daß für diese Razzia mehrere hundert Polizisten eingesetzt wurden.

Die Vorgehensweise mit den von Augenzeugen berichteten eingeschlagenen Türen, beschädigtem Mobiliar, körperlichen Angriffen und rassistischen Beschimpfungen erinnert eher an einen Überfall derer, vor denen die Polizei die Flüchtlingsheime eigentlich schützen sollte.

Freisetzungen

Am 13.7.92. fand eine Betriebsversammlung vom IGF statt. Es ging um die Information der Mitarbeiter über zwei geplante Freisetzungen. *Da bei Freisetzungen das Institut in die Öffentlichkeit kommt, und es damit zu Konsequenzen wie Anschlägen, Besetzungen, kaputte Fensterscheiben kommen kann, soll sie nicht gegen den Willen der Mitarbeiter durchgeführt werden. Es folgte eine düstere Analyse für die Biotechnologie in Deutschland, sie bietet kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch Freisetzungsversuche gab es in Deutschland erst zwei, im Gegensatz zu anderen Ländern.*

Die Freisetzungsversuche:
Kartoffeln haben normalerweise zwei Stärkesorten, die eine, das Amylopektin ist verzweigt, die andere die Amylose nicht. Amylopektin kann z.B. als Klebstoff eingesetzt werden. Die freizusetzende Kartoffel hat nun nur noch Amylopektin. Dies hat den Vorteil das die Industrie die beiden Stärken nicht mehr trennen muß. Zauberworte sind Nachwachsende Rohstoffe, noch zu entwickelndes abbaubares Plastik aus Stärke, ökologische Energiebilanzen. Laut Pressemitteilung vom IGF wird Amylopektin bisher aus Amerika eingeführt, wo es aus einer Maissorte, die nur noch Amylopektin herstellt, gewonnen wird.
Ein Freisetzungsversuch mit der amylosefreien Kartoffel lief 1990 von der Stärkeindustrie bezahlt an der holländischen Universität Wageningen. Dort ist auch ein Patent für diese Kartoffel angemeldet. Der Versuch an sich ist also nichts neues, als solches würde das IGF ihn gerne verkaufen, z.B. im Spektrum 10/92. Interessant im Zusammenhang mit dem holländischen Versuch ist das in den Niederlanden das weltweit größte Kartoffelstärkeunternehmen AVEBE sitzt.
Der zweite Freisetzungsversuch des IGF's wird in den öffentlichen Verlautbarungen weniger erwähnt obwohl hier ein Patent angemeldet wurde. Durch Einbau eines Hefegens wurde hier die Kartoffel dazu gebracht weniger aber größere Knollen zu produzieren, der Sinn soll hier in der Ertragssteigerung liegen.
Freigesetzt werden soll bei der Kleinwanzlebener Saatzucht in Northeim. Die KWS ist das größte deutsche Saatgutunternehmen und hat zusammen mit Höchst die Biotechnologiefirma Planta gegründet

Bei einer Umfrage am IGF stimmten 63% der Mitarbeiter den Freisetzungsversuchen zu. Mitte Oktober wurde der Antrag auf Freisetzung beim Bundesgesundheitsamt eingereicht.
Am 9.10. 92 erklärte Forschungsminister Riesenhuber, daß es notwendig sei das Gengesetz zu entschärfen, um Freisetzungsversuche in Deutschland zu erleichtern. Als Beispiel für anstehende Freisetzungsversuche nannte er die beiden Kartoffeln vom IGF.

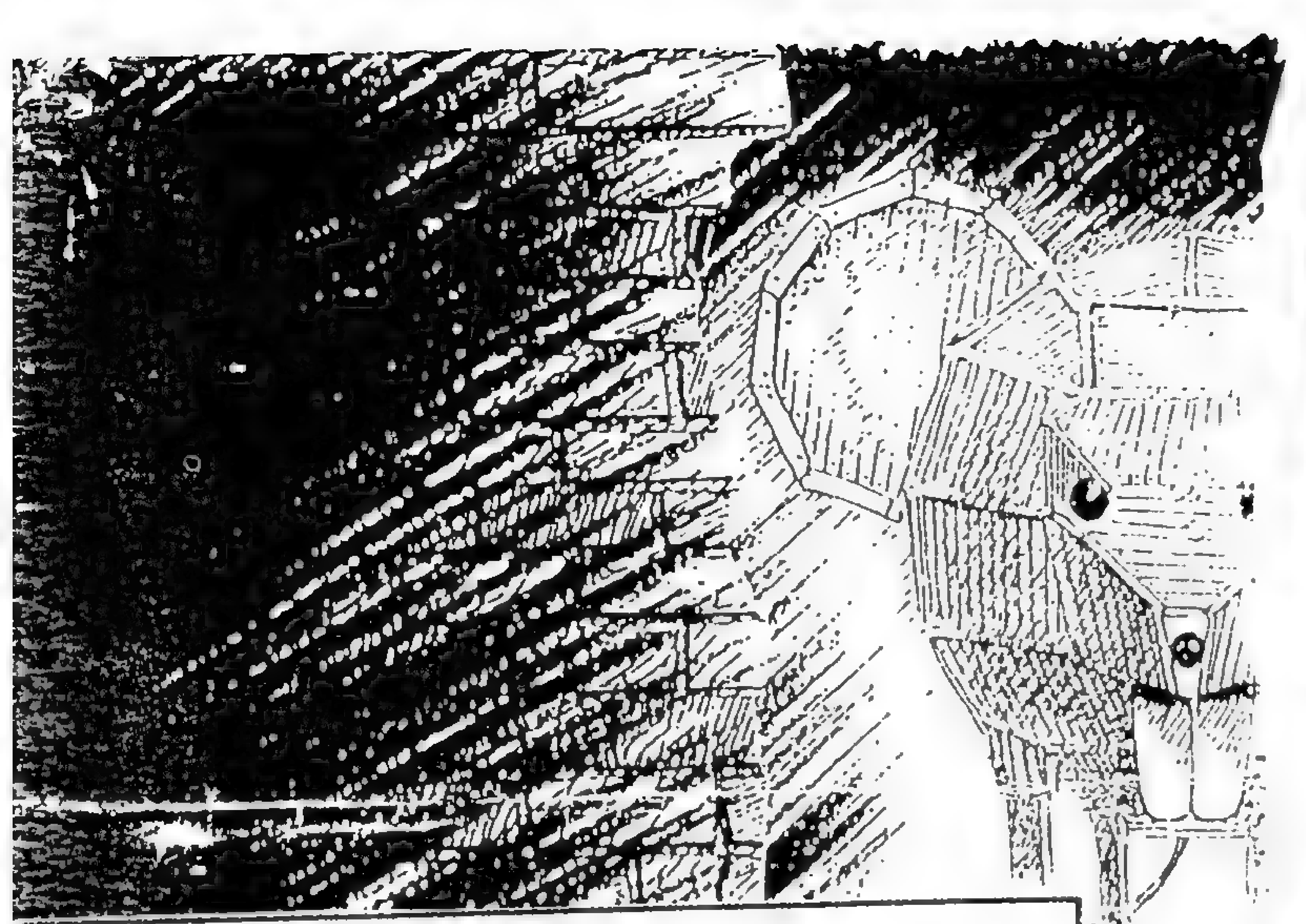
Insgesamt sollen in diesem Jahr mindestens 4 Freisetzungsversuche stattfinden, an der Hamburger Universität mit einer gegen eine bakteriellen Krankheit resistenten Kartoffel, von der KWS zusätzlich noch mit einer Rübe die gegen einen Virus resistent gemacht wurde. Nicht erwähnt wird eine zusätzliche Herbizidresistenz.

Start der Akzeptanzballons

Mit Bioplastik will die Gen-Industrie ihr Image aufpolieren

Hurra, das neue *Bioplastik* ist da! *Es wächst* demnächst auf unseren Äckern, in den Knollen von gentechnisch manipulierten Kartoffeln. »Gentechnik für die Umwelt« — ein neues Image wird kreiert: alles »bio«, alles »sanft«, alles »grün«! Mit diesem Öko-Image sollen Freilandversuche mit gentechnischen Kreationen, die bisher auf öffentlichen Widerstand treffen, »endlich« gangbar gemacht werden. Bisher wurden nur einmal gentechnisch veränderte Pflanzen außerhalb der Gewächshäuser getestet. Warum Petunien lachsrot blühen sollten, ließ sich dabei schwer begründen. Das scheint bei der Produktion von biologisch abbaubarem Verpackungsmaterial anders. Während die Eindämmung der Verpackungsflut am Widerstand der Industrie scheitert, ***wird eine Lösung aus dem Reagenzglas gezaubert.*** Die Gunst der Mobilisierung zum Thema nutzend, hat das Institut für Genbiologische Forschung eine überhastete Freisetzung angekündigt. Die Testergebnisse aus dem Gewächshaus sind so spärlich, daß jede Aussage über die technische Tauglichkeit der Pastikkartoffel völlig verfrüht ist. Die kommerziellen Barrieren sind noch größer: Bioplastik gibt es längst, es ist nur nicht konkurrenzfähig.

Technisch weiterentwickelt ist die gentechnisch induzierte Widerstandsfähigkeit gegen Unkrautvernichtungsmittel — noch mehr Gift kann auf die Äcker gesprüht werden. Gefährlicher sind gentechnische Frostschutzbakterien, die das Klima verändern können. Hier wartet das Gen-Business mit Freilandversuchen in der Bundesrepublik noch, bis Gewöhnungseffekte eingetreten sind. Die Plastikkartoffel ist für die Gen-Industrie, was der Zerstörer »Bayern« in der Adria für die militärische Expansion Deutschlands bedeutet: ein Versuch nämlich, bislang geltende Grenzen zu verwischen. **Bernhard Gill, Gen-ethisches Netzwerk**



Eröffnungs-

SFE-FETE

im Mehringhof Gneisenaustr. 2a
U-Bahnstation Mehringdamm

Fr. 19. FEBRUAR '93
20:00

WIR ÖFFNEN UNSERE PFORTEN FÜR:

"ANDERES LERNEN"

IN FREIEN KURSEN
JNFO'S DAZU AUF DER FETE
mit anarchist Video + Film vor[illegible]
LEUTE KOMMT ALLE. ES LOHNT SICH!



OPEN END



mir zeynen do
der ghettoaufstand und die
partisanInnen von bialystok

ein film von
ingrid strobl

im

fsk

kino

vom 11.-24. 2. 1993
beginn: jeweils 20 uhr
wiener straße 20

die literatur zum thema gibt's in der
buchhandlung
oh★21
oranienstraße 21 • 1/36

- Einspruch gegen die "Trojanische Maus" -

KEIN PATENT AUF LEBEN !

Demo in München

am: 13.2.'93 um: 11⁰⁰ Treff: Marienpl.

Kontakt: 314 25 683
Mi. 18⁰⁰-20⁰⁰

Abfahrt: Freitag, 12.2., 21⁰⁰
TU-Mathegebäude

ViSdP. und weitere Informationen: Bündnis "KEIN PATENT AUF LEBEN" Christoph Then, Koordinationsbüro, Holzstr. 2, 8 M 5, Tel.089-2603861, Fax 2603513

TERMINE

Do., 11.2.: 19 Uhr Info- und Diskussionsveranstaltung mit Anita Leocardia Prestes, der Tochter Olga Benarios. Ort: Galerie Olga Benario Weserstr. 5, Neukölln

Die Völker Jugoslawiens finden zu sich selbst

"Sieg im Volkskrieg"?

In unserer Veranstaltung soll es um die internen *und* externen Faktoren gehen, die zu dem jugoslawischen Blutbad geführt haben:

- **"Sozialistische Marktwirtschaft" und Weltmarktintegration**
- **Die Nationalitätenpolitik des sozialistischen Jugoslawien**
- **Das "Menschenrecht" auf Nationalismus, ein schon von den mit menschenfreundlichen Zielen angetretenen Gründern des ehemaligen jugoslawischen Staates geschätztes Gut**
- **Der Serbenhass der "demokratischen Öffentlichkeit"**
- **Deutschland als Hauptinteressent am Jugoslawienkrieg**
- **Militärische Konzeptionen des wiedervereinigten Deutschland**

VORTRAG UND DISKUSSION
am DONNERSTAG, **11.2.1993**
TU BERLIN (Straße des 17.Juni 136)
MATHEMATIKGEBÄUDE
RAUM **MA 004**, um **18.00 Uhr**

Veranstalter: ASTA TU BERLIN; Unterstützer: GRUPPE K, RADIKALE LINKE und JOUR FIXE INITIATIVE

V.i.S.d.P.: J. Broz, Karl-Marx-Allee 93

Mario Jödecke ist tot!
"Gamasche" wurde von Faschisten ermordet.
Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!
Kommt alle zum

TRAUERMARSCH

am 13.02.1993 14 Uhr

Treffpunkt: Stadtkulturhaus Mühlhausen
Kontakt: AJZ, Vollbrachtstr.1, O-5063

Di., 16.2.: 19.30 Uhr "Wer Jude ist bestimmt § 5", über "normale" und "privilegierte jüd. Mischehen" und weitere Konstruktionen der NS-Rassengesetze. Der Zeitzeuge Günter Gumpel berichtet. In der Galerie Olga Benario

21 Uhr "Rostock - kein Zufall" Videozusammenschnitt über die Pogrome in Rostock, im Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84

21 und 23 Uhr "Man musste doch was tun" Die Widerstandskämpferin Maria Fensky erzählt aus ihrem Leben: über ihre Arbeit bei der KP, ihre Zeit in Haft und im KZ, aber auch über Verfolgung unter Adenauer und ihre heutigen Lebensbedingungen. Film im CLASH Uferstr.13, Wedding

DER FASCHISMUS KOMMT NICHT ÜBER NACHT

VERANSTALTUNGSREIHE DER ANTIFASCHISTISCHEN INITIATIVE MOABIT

Di.16.2. **DAS SCHWARZ - BRAUNE NETZWERK IN BERLIN**

19 00 Uhr

Info-Veranstaltung über das Zusammenwirken von Unionspolitikern, Rechtsintelektuellen und dem schlagenden Arm der rechten Bewegung.

Die Grundlagen für die Brandsätze für Hoyerswerda oder Rostock wurden in den letzten zwei Jahrzehnten von rechtsextremen Ideologen gelegt und gemeinsam mit Unionspolitikern in Brand gesetzt. Faschistische Organisationen - wie die Reps, die Deutsche Liga oder die NPD - arbeiten z.B. in Berlin über das "Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V." zusammen. Auf ihren Tagungen referieren dann auch "honorige" Leute, wie z.B. der FU-Prof. Motschmann.
Wenn Unionspolitiker heute über einen Staatsnotstand reden, so hat sich die braune Elite - z.B. im Rahmen der "Denkfabrik Europa der Völker" auf ihren halbjährlichen Tagungen in Berlin - schon mit Konzepten für den "Weg aus der Krise des deutschen Parteiensystems" eingehend befaßt. Der Austausch über diese Strategien zur Durchsetzung autoritärer Gesellschaftsverhältnisse erfolgt über ein breit gefächertes Publikationswesen. In der "Jungen Freiheit" z.B., veröffentlichen Rep-UNION-isten, wie Lummer und die braunen Vordenker.

Di.02.3. **SCHERING-AUSSCHWITZ-PILLENIMPERIUM - MOABIT**

19 00 Uhr

Di.16.3. **"TATORT MOABIT"**

19 00 Uhr

Di.30.3. **ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND GESTERN, HEUTE UND MORGEN**

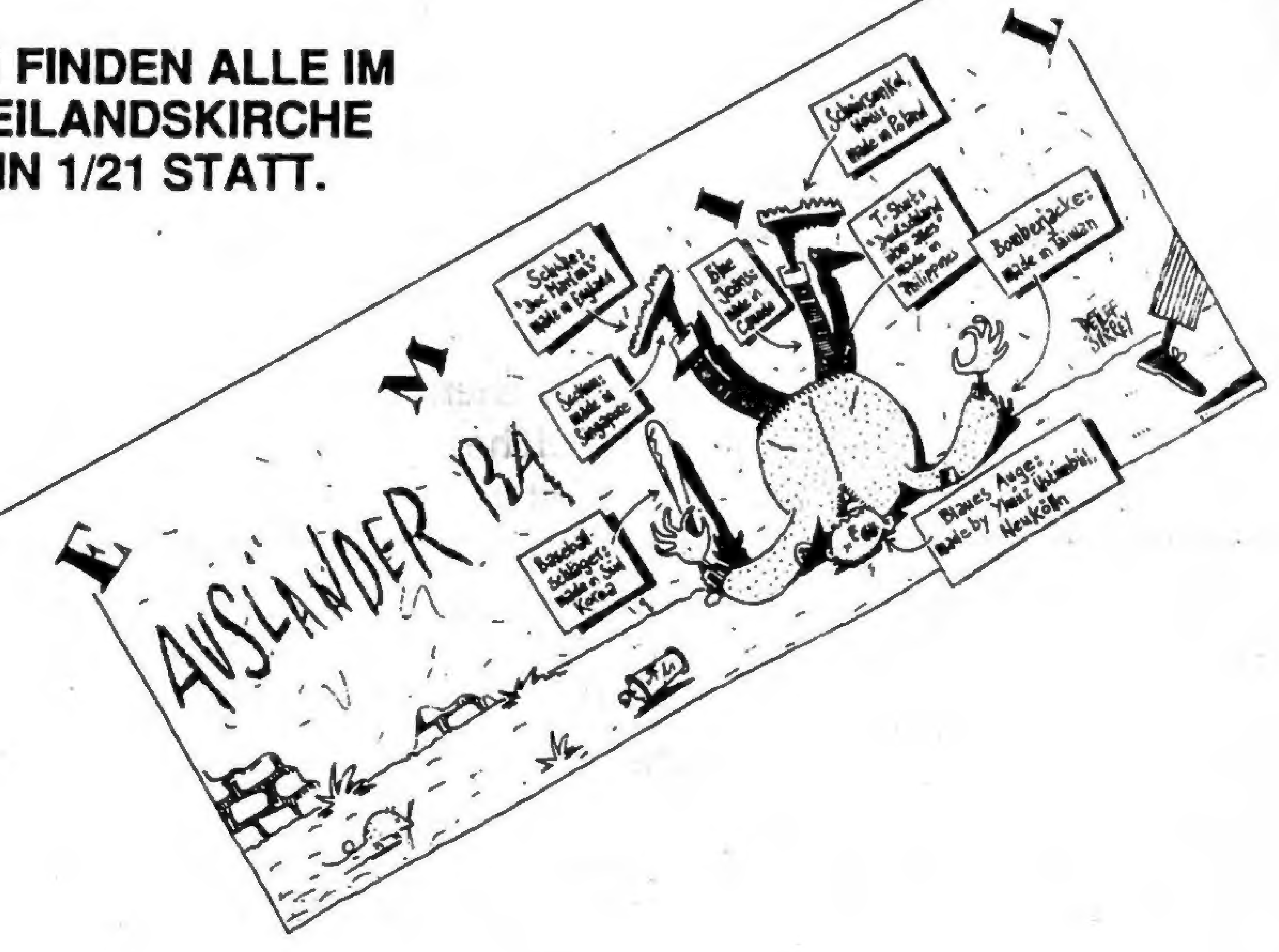
19 00 Uhr

DIE VERANSTALTUNGEN FINDEN ALLE IM GEMEINDESAAL DER HEILANDSKIRCHE OTTOSTR. 16 IN BERLIN 1/21 STATT.

Rechter Philosoph zusammengeschlagen

Mit tätlichen Gewaltakten haben Jugendliche der Autonomen-Szene am Sonnabendabend den französischen Sozialphilosophen und Publizisten Alain de Benoist daran gehindert, an einem Diskussionsforum zum Thema Ausländerfeindlichkeit in Berlin teilzunehmen. Der umstrittene Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich wurde vor dem Gebäude Rosenthaler Straße 38, wo die Debatte in einem Raum der Neuen Gesellschaft für Literatur stattfinden sollte, von einer Gruppe teils vermummter Autonomer bedrängt, niedergeschlagen und zum Rückweg in sein Hotel gezwungen.

Alain de Benoist, der als der theoretisch führende Kopf der französischen neurechten Szene gilt, war von der Kultur & Kunst GmbH zu einem öffentlichen Streitgespräch mit deutschen Sozialwissenschaftlern und Politologen eingeladen worden. Bei dieser GmbH handelt es sich um eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, in der ein Team von Wissenschaftlern, Publizisten und Künstlern aus Ost und West „die Auseinandersetzung mit den Perspektiven der Industriegesellschaft" verfolgt. Der Diskussions-Abend mit Alain de Benoist, der in Kooperation mit dem Sender DS-Kultur vorbereitet worden war, sollte unter dem Motto stehen: „In den Grenzen der Aufklärung: welchen Ort hat das Fremde?"



Do., 18.2.: 19.30 Uhr "Mir zaynen do" Film von Ingrid Strobl Galerie Olga Benario

Do., 18.2.: 21 Uhr "Verfolgt und vergessen", Film über Sinti und Roma im Infoladen Daneben

SO-Tage - mehr als eine Ausstellung vom 25. 4. 93 bis 13. 5. 93 im SO 36

Als wir vor etwa 2 1/2 Monaten die Idee eines solchen Projektes für uns und Freunde aufs Papier brachten, ahnten wir nicht, wie schnell es derartige Ausmaße annehmen könnte. Mittlerweile haben wir aus unterschiedlichen Ecken positive Reaktionen gekriegt, so daß wir uns jetzt auch an die Öffentlichkeit trauen. Viele werden von den SO-Tagen noch nichts gehört haben. Deshalb stellen wir hier die Idee vor und laden euch gleichzeitig schärfstens dazu ein, euch mit eigenen Aktivitäten zu beteiligen.
Vorbereitungstreffen dazu ist am **Sa, den 13.2.** um **20 Uhr in der SFE** im Mehringhof.

Der Rahmen: 3 Wochen Ausstellung im SO 36 mit
Schwerpunkten:
- Antifa/Antirassismus
- Mieten/Umstrukturierung/Hauptstadt (zusammen mit) Gegenkultur
- Internationalismus

jeweils von Sonntag bis Donnerstag
Wochenendes Kiezdiscos/Konzerte der SO-Crew
Beginn: So, der 25. 4. (eigentlich wollten wir wegen dem 20. 4. schon am 19. 4. mit der Antifawoche anfangen Das klappt aber nicht, weil die SO-Crew für die Woche drauf schon einen festen Termin ausgemacht hatte und am 20. 4. und 1. Mai traditionell zu macht)
Ende: Do, den 13. 5. (wenns nicht vorher im Chaos strandet)
Das heißt, für ein Schwerpunktthema knapp 5 Tage Zeit, wobei inhaltlich die Grenzen fließend sein könnten.

In unserem Konzept sind bisher keine extra Frauen- oder Männertage vorgesehen (was nicht ausschließt, daß es Veranstaltungen "nur für Frauen" (Männer) innerhalb der Schwerpunkte gibt).

Wir, die wir u.a. als Fotomenschen häufig bei diversen Aktivitäten in diesen Bereichen dabei sind, haben den Eindruck, daß es zur Zeit kaum sowas wie gemeinsame Kampagnen, Bewegungen... gibt. Nicht, daß nichts los wäre, aber vieles läuft isoliert nebeneinander. Wenig Austausch, wenig Auseinandersetzung und wenig Aufforderung an andere Menschen sich einzuklinken. Daraus entstand die Idee, mit der Fotoausstellung auch für bisher nicht Beteiligte die diversen Aktivitäten ansprechend darzustellen und gleichzeitig zu versuchen, stadtweit einen Rahmen zu geben, wo sich die unterschiedlichen politisch aktiven Menschen treffen und austauschen könnten.

Als Gerüst wird es auf jeden Fall die Foto-Ausstellung von Umbruch geben und wenn sich genügend Menschen beteiligen, ein regelmäßiger Cafe-Betrieb, so daß Leute auch einfach nur mal gucken kommen können. Wünschen tun wir uns darüber hinaus allerdings einen großen aktiven Teil, wo die "GuckerInnen" zu "AkteurInnen" werden. Dazu soll es vielfältige technische Möglichkeiten geben. Von Fotolabor, Farben, Druckmaschine, Videokamera, Siebdruck über weiß der Teufel was noch. Parallel zu den Ausstellungen wird das Ganze lebendiger, je mehr Leute sich mit eigenen Beiträgen, Veranstaltungen, Filmen, Aktionen beteiligen. Wir sind gespannt, wieviel Leute sich für so 'ne Idee begeistern können, aus dem Ganzen eine Art "Tuwas-Festival" zu machen, wo viel Platz ist, sich auszutauschen, die unterschiedlichen Ideen und Ansätze darzustellen, rumzuspinnen, spontan loszuziehen, zu feiern zu streiten und vielleicht sogar über die SO-Tage hinaus neue Ideen, Kampagnen in den unterschiedlichen Kämpfen zu entwickeln.
Klasse wäre natürlich, wenn die SO-Tage auch was Scene-sprengendes haben. D. h., das eben nicht wieder ein kleiner Teil der Autonomen für ihren Zusammenhang da was hinstellen und die meisten anderen mehr oder weniger konsumieren, mitleidig lächeln oder mal kurz zum abrotzen vorbeikommen. Ja, ja, schon klar, wir sind halt Optimisten... Wie wärs z. B. wenn Walter aus dem "Elefanten" dort mal erzählen würde, wie er als Wirt so ne schrittweise Veränderung vom Kiez mitkriegt; wenn die ImmigrantInnen aus dem Haus in der Adalbertstraße berichten, wie sie dort leben; wenn die ErstbesetzerInnen des Rauch Hauses und die, die jetzt dort wohnen, mal darstellen, was sie davon noch immer meinen: zusammen leben, wohnen, kämpfen...; wenn die SchülerInnen, Lehrlinge... aus Hohenschönhausen, Erkner, Nauen, Königwusterhausen... mal einen Abend gestalten, von ihren Städten berichten und wie sie denn eigentlich unsere Unterstützungsaktionen finden; wenn es in der Internationalismus-Woche nicht nur über El Salvador, Kurdistan... geht, sondern darum, wie denn so ein Internationalismus hier eigentlich im Alltag aussieht. Z. B. wo wir den ausländischen Genossen/innen eher fremd sind oder umgekehrt oder wo es tatsächlich zaghafte Ansätze von gemeinsamer Auseinandersetzung, zusammen leben, Kultur, kämpfen... gibt; wo die Nerv-Auseinandersetzungen zur Zeit in der Interim über Vergewaltigung in der Scene, Schwarzer Kalender, Heroin/Schwarzbirnen im EX... vielleicht mal anders ausgetragen werden; oder wo wir statt haufenweiser Sabbelabende mal ein paar andere Feste auf die Beine stellen. Grenzüberschreitungen sind schärfstens erwünscht. ...

Ein Teil dieser, und ne Menge weitere Geschichten werden erstaunlicherweise bereits schon jetzt vorbereitet. Aber da wir schweigen können wie ein Grab, müsst ihr schon selbst am 13. 2. in der SFE vorbeikommen, wenn ihr Genaueres erfahren wollt.

Bis dann!



Sa, 13. 2.
SFE-Disco

TANZ DIE SO TAGE

ab 22 Uhr

25. 4. 93 bis 13. 5. 93 + >SO-Tage - mehr als eine Ausstellung< + im SO 36, Oranienstr. 190 + Das Projekt wird vorgestellt am Sa, 13. 2. ab 20 Uhr in der SFE + Programmplanung von Allen, die sich beteiligen wollen + Ab 22 Uhr tanzen wir die SO-Tage + Kontakt: Umbruch Tel. 612 30 37